



POLITIK / REDAKTION

CO2-Steuer - Hitzerekorde und Besitzstandsicherung ...

(SB) - Nicht nur in der Arktis, auch in Mitteleuropa läuft die Entwicklung der Temperaturen allen Prognosen davon. Der Juli war der weltweit heißeste Monat seit Beginn der wissenschaftlichen Klimabeobachtung und hat in Europa neue Rekorde aufgestellt [1]. Alle Indikatoren weisen auf sich selbst verstärkende Entwicklungen der ... (Seite 17)

GEISTESWISSENSCHAFTEN

Vor 50 Jahren, am 3. September 1969, verstarb Ho Chi Minh Für Irene und Gerhard Feldbauer gehörten die Begegnungen mit ihm zu den großen und unvergesslichen Erlebnissen ihres politischen Lebens - 1. Teil

(Irene und Gerhard Feldbauer) - Unsere Arbeit als Journalisten und im Diplomatischen Dienst der DDR führte uns in viele Länder Asiens, nach Italien und Afrika. Wir trafen mit nicht wenigen führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur auch persönlich zusammen. Herausragend waren und sind bis heute die unvergesslichen Begegnungen während unserer über dreijährigen Arbeit (von 1967 bis 1970) als Korrespondenten in Vietnam mit Ho Chi Minh ... (Seite 22)

Kinderrechte - ohne Abstufung und Unterschiede ...

Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht zuletzt, durch solidarische, sozial gerechte Umverteilung für einen Ausgleich zu sorgen. Tatsache aber ist: Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme erodieren und verlieren zunehmend ihre Funktionsfähigkeit. (...) Der Paritätische fordert eine neue soziale Sicherheitspolitik, verstanden als Politik für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Rolf Rosenbrock (Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands) [1]



Ulrich Schneider, Cansu Özdemir, Moderator Herbert Schalthoff
Foto: © 2019 by Schattenblick

(SB) 3. September 2019 - Armut im allgemeinen und Kinderarmut im besonderen gehört in Deutschland zu jenen sozialen Verwerfungen, die seit Jahren von fachkundigen Expertinnen und Experten thematisiert und durchaus auch auf politischer Ebene erörtert werden. Dennoch ist sie wei-

ter auf dem Vormarsch, da angemessene Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung Mangelware bleiben. Und obwohl immer mehr Menschen gefährdet oder unmittelbar betroffen sind, die Medien darüber berichten, Sozialverbände und Initiativen engagiert dagegen zu Felde ziehen, ist eine breitere gesellschaftliche Bewegung, die ihre Stimme erhebt, auf Abhilfe drängt und dafür auch auf die Straße geht, nicht zu erken-

nen. Während Tausende Menschen gegen den Klimawandel, für eine andere Landwirtschaft und Ernährung, zugunsten einer offenen demokratischen Gesellschaft, gegen den G20-Gipfel und die neuen Polizeigesetze, mitunter auch für Flüchtlinge und diverse weitere Thematiken mobilisiert werden können, herrscht an der Armutsfront, die so dringend eines massenhaften Drucks von unten bedarf, um der Regierungspolitik auf die Sprünge zu helfen, geradezu Friedhofsruhe.

Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums erfolgt in der Bundesrepublik auf eine Weise, welche die Bevölkerung in extremem Maße spaltet. In den oberen Schichten bricht sich eine Privilegierung Bahn, die den Reichtum in beispielloser Weise auf sich vereint und ihren Einfluß auf Bestandssicherung und Ausbau dieser Position unablässig geltend macht. Dem steht eine Degradierung und Ausgrenzung der unteren Schichten gegenüber, wobei auch die in sich fragmentierte gesellschaftliche Mitte unter Druck geraten ist. Dort fühlen sich viele Menschen vom Abstieg bedroht, da ihre soziale Stellung instabil geworden ist. Wer in dieser Mittelschicht Arbeit hat, muß immer mehr leisten, um über die Runden zu kommen. Die wachsende Konkurrenz um schwindende Erwerbsmöglichkeiten verlangt der Existenzsicherung einen immer größeren Einsatz ab, ohne daß dadurch die erreichte Position sicher wäre. So setzt sich die untere Hälfte der Gesellschaftspyramide zu 20 bis 30 Prozent aus Menschen zusammen, die permanent vom sozialen Absturz bedroht sind, während die verbliebenen 10 bis 20 Prozent in der einen

oder anderen Form in Armut leben. Und wie ein Damoklesschwert hängt darüber Hartz IV als permanente Drohung der Abstiegsspirale.

Das gleichzeitige Auftreten von wachsendem Reichtum und sich vertiefender Armut ist kein beiderseitiges Randphänomen einer an sich homogenen Gesellschaft, sondern zwangsläufige Folge von Produktionsverhältnissen in einer Klassengesellschaft, deren innere Widersprüche sich im Zuge eskalierender Krisen verschärfen. Verfügungsgewalt und Prosperität gründen auf der Produktion von Abhängigkeit und Verelendung, wobei der Sozialstaat angesichts schwindender Mittel immer weniger in der Lage ist, die Zuspitzung zumindest zu mildern, der er in zunehmendem Maße geopfert wird. Dabei ist der Ab- und Umbau des Sozialstaats eine politisch intendierte Stoßrichtung, die Folgen der Krise nach unten abzuwälzen, um Machterhalt und Besitzstand der gesellschaftlichen Eliten zu sichern und fortzuschreiben.

Im Zusammenhang dieses Sozialkampfs von oben ist die Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft integraler Bestandteil einer Gesamtstrategie der Entmächtigung. Die Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsweise und Durchdringung aller Lebenssphären hat soziale Zusammenhänge für nichtig erklärt und kollektive Widerstandsformen außer Kraft gesetzt. Der Anspruch auf Sozialleistungen wurde zugunsten einer Vorwurfslage entsorgt, die dem Einzelnen ein Scheitern an diesen Verhältnissen als persönliche Schuld anlastet. In der sogenannten Mehrheitsgesell-

schaft herrschen marktradikale und somit sozialdarwinistische Auffassungen des ungezügelten individualisierten Konkurrenzkampfs vor. So münden reale Abwertungsprozesse in eine Diskriminierung all jener, die des Versagens bezichtigt und hinter unsichtbaren Mauern ausgegrenzt werden, die ihnen die Teilhabe verwehren.

"Aktiv werden gegen Kinderarmut!"

Auf Einladung der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft fand am 29. August im DGB-Haus eine Veranstaltung zum Thema "Aktiv werden gegen Kinderarmut!" statt. Unter Moderation des Journalisten Herbert Schalthoff diskutierten die Fraktionsvorsitzenden Sabine Boedinghaus und Cansu Özdemir mit Ulrich Schneider (Bündnis Kindergrundsicherung, Der Paritätische) sowie weiteren Expertinnen und Experten über diesen Problemkomplex. In einer reichen Stadt wie Hamburg ist jedes vierte Kind von Armut bedroht, in Steilshoop und Harburg sogar jedes zweite. Auch unter den 18- bis 25jährigen liegt die Armutsgefährdungsquote bei 32 Prozent. Dabei heißt Kinderarmut immer auch Familienarmut, sie ist mit der Einkommensarmut der Eltern verknüpft. Besonders betroffen sind Alleinerziehende oder Familien mit Migrationshintergrund. Kinderarmut betrifft also nicht nur eine kleine Gruppe, sondern sehr viele Menschen in Hamburg.

Dabei ist Armut kein individuelles Problem, sie hat vielmehr gesellschaftliche Ursachen. Immer mehr Menschen sind arm trotz

Arbeit, sie arbeiten unfreiwillig in Teilzeit, Leiharbeit und Niedriglohnjobs. Die Arbeitswelt paßt immer weniger mit einem Familienalltag zusammen. Und die vorhandenen Sicherungssysteme schützen Kinder und ihre Familien nicht vor Armut. Beziehen Eltern SGB-Leistungen, wird ihnen sogar das Kindergeld wieder abgezogen. Es stellt sich daher die Frage, wie angemessene monetäre Leistungen beschaffen sein müssen und welche weiteren Maßnahmen darüber hinaus erforderlich sind, um die Kinderarmut zu reduzieren und die soziale Spaltung zu verringern.



*Streitbar für soziale Gerechtigkeit
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Schlaglichter aus Vergangenheit und Gegenwart von Armut

Ulrich Schneider eröffnete das Gespräch mit aufschlußreichen Schlaglichtern aus Vergangenheit und Gegenwart von Armut in Deutschland. Wie er ausführte, brachte der Paritätische Wohl-

fahrtsverband 1989 erstmals einen Armutsbericht heraus und eröffnete damit die Diskussion, was Armut ist. Bis dahin galt offiziell, daß Sozialhilfe Armut verhindert. Umstritten war, ob es eine Dunkelziffer von Armut jenseits der Sozialhilfe gibt. Aber alle anderen bekämen doch den Regelsatz, in dem an alles gedacht sei. Es gab den Warenkorb, um dessen Inhalt man heftig stritt. Der Armutsbericht formulierte erstmals, daß Sozialhilfe rechtlich fixierte Armut ist, weil man mit diesem Geld nicht über den Monat kommen kann. Man muß nicht verhungern, kann aber nicht teilhaben. An diesem Streit, ob es in Deutschland Armut gibt, hat sich bis heute prinzipiell nichts geändert.

Viele Menschen sind davon überzeugt, daß es keine Armut gibt, weil sie selbst damit keine Probleme haben. Zwar geben sie zu, daß Menschen, die unter Brücken schlafen und Pfandflaschen sammeln müssen, arm seien, doch für andere gelte das nicht. Die einen nehmen beim Einkauf mit, was sie wollen, ohne nach dem Preis zu fragen, die anderen können sich nur das Notdürftigste leisten. Wenn man mit dieser Diskrepanz kein Problem hat, kennt man auch keine Armut. Nach einer Definition, die von den meisten Wissenschaftlern geteilt wird, beginnt Armut jedoch nicht erst dann, wenn jemand Hunger leidet, keine Kleidung, kein Obdach hat. Armut

herrscht, wenn man nicht mehr teilhaben kann. Lebt jemand von der Altersgrundsicherung, erlaubt es dieser Satz nicht einmal mehr, einen Ausflug mit der Pfarrgemeinde zu machen, Kaffeetrinken zu gehen, ein Kino oder Theater zu besuchen. Weil das in diesem reichen Land nicht nötig wäre, ist es Armut. Bei alten Menschen ist das besonders bitter, weil es lebenslänglich bedeutet. Teilhabe kostet in unserer Gesellschaft enorm viel Geld, der Lebensstandard orientiert sich an der Mitte.

Auch für Kinder ist das sehr hart, weil sie frühzeitig merken, daß sie nicht mehr teilhaben können. Derzeit leben 2 Millionen Kinder im Hartz-IV-Bezug, wovon sich über 60 Prozent vier oder mehr Jahre darin befinden und nicht mehr herauskommen. Nicht alle sind Kinder von Arbeitslosen, auch viele Aufstocker sind dabei, und 1 Million sind Kinder von Alleinerziehenden. Die Hälfte dieser Alleinerziehenden arbeitet, aber sie verdienen nicht genug, weil sie meistens nicht Vollzeit arbeiten können. Für die Kinder heißt das, daß sie von ganz normalen Vollzügen ausgeschlossen sind.

Zur Veranschaulichung erzählte Schneider vom Abiturball seiner beiden Töchter, der 60 Euro Eintritt pro Person, also 240 Euro für Eltern mit zwei Kindern kostete. Die Jungs kaufen sich Anzüge, die Mädchen Abendkleider. Im Umfeld mußten viele Eltern ihren Dispo bis zum Anschlag ausreizen, um teilnehmen zu können. Machen sie das nicht mit, halten ihnen die Kinder das später vor. Da hat man plötzlich drei Arten von Eltern: Für einige ist das kein Problem, die zahlen einfach. Vie-

le kommen erst ab 22 Uhr zum halben Preis, wenn das Büfett schon weggegessen ist. Wieder andere schicken nur ihre Kinder. Und dabei bildet sich beim Abitur nur das Ende einer Schulkarriere ab, die schon seit zwölf Jahren so verlaufen ist. Bei Klassenfahrten gibt es stets die Diskussion um das Taschengeld. Einige legen vor, weil sie es haben, andere werden blaß. Immer die gleichen Kinder müssen zurückstehen. Wenn Kinder heute Geburtstag feiern, gehen sie Bowlingspielen, da mieten die Eltern eine Bowlingbahn. Ärmere Leute werden in ärmere Viertel verdrängt. Da argumentieren Ökonomen perfide, in Neukölln könne man nicht von Armut sprechen, weil dort ja alle kein Geld hätten. Relative Armut könne es im Armenhaus nicht geben. Dort suchen sich die Kinder und Jugendlichen eigene, wenig konforme Möglichkeiten der Teilhabe. Wer von Kindheit an erfährt, daß ihm die üblichen Karrierewege versperrt sind und sich die Eltern abrackern, ohne auf einen grünen Zweig zu kommen, entwickelt nicht die Motivation, um Bildungserfolge zu haben. Doch dieselben Jugendlichen, die in der Schule nicht mitmachen, sieht man nachmittags mit Begeisterung Sport treiben, weil sich da die Leistung lohnt. Sie sind anerkannt, haben Erfolge, werden beim Sonntagsspiel bewundert. Einige hoffen auf eine kleine Profikarriere.

Kinder brauchen eine realistische Perspektive und Vorbilder, die nicht auf Hartz IV angewiesen sind. Sie brauchen gute Laune in der Familie, ein bißchen Glück. Wenn die Eltern nach einem halben Monat nicht wissen, wie sie klarkommen sollen, wenn sie

Angst vor jedem grauen Umschlag mit einer Rechnung haben und ihn nicht mehr aufmachen, weil ihnen die Schulden über den Kopf wachsen, wenn das ganze Leben nur Streß ist, dann überträgt sich das auf das Klima in der Familie. Das raubt dem Kind Lebensmut. Man kann Kinder nicht bilden, sie müssen sich bilden. Man kann ihnen helfen. Aber wenn sie sich nicht bilden wollen, weil sie das für völlig unvernünftig halten, weil es sowieso nichts bringt, dann läuft jeder Pädagoge ins Leere, so Schneider.

Wie hat sich diese Situation seit 1989 entwickelt? Die Armut ist seither anders geworden. Damals lief eine Zeit aus, in der man noch vieles umsonst machen konnte. Man konnte Fußball spielen, ohne im Verein zu sein, weil es Freiflächen gab. Es gab auch mehr öffentliche preiswerte Bäder. Heute geht ohne Geld fast nichts mehr. Zudem hat sich der Empfängerkreis geändert. Damals waren in der Sozialhilfe vor allem alte Frauen, deren Witwenrente nicht reichte, Alleinerziehende und Arbeitslose, aber kaum Erwerbstätige. Heute sind 4,5 Millionen erwerbsfähige Menschen in Hartz IV und 500.000 in der Altersgrundsicherung. Damals betrug die Armutsquote rund 10 Prozent, 2018 waren es 15,5 Prozent, das sind etwa 13 Millionen Menschen. Seit Mitte der 90er Jahre gab es eine Ausweitung von Niedrigverdiensten von weniger als einem Drittel des durchschnittlichen Bruttoeinkommens auf über 20 Prozent. Das war mit Hartz IV auch politisch so intendiert: Der Niedriglohnsektor sollte dazu führen, daß mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, und nach ein, zwei Jahren kämen

die Leute aus dem Niedriglohnsektor wieder heraus. Ähnlich hieß es für Leiharbeit, daß dies nur eine kurze Übergangsphase sei, worauf daraus schon feste Arbeitsplätze würden. Im unteren Einkommensbereich haben die Menschen heute kaum mehr Kaufkraft als in den 90er Jahren, im oberen Bereich wurden 7 bis 8 Prozent Kaufkraft zugelegt. Metallindustrie oder Autoproduktion legte zu, alles was in den Export ging, Dienstleistung wie Gaststätten, aber auch Erziehung und Pflegeberufe stagnierte, und das unterste Zehntel der Erwerbstätigen hatte Reallohnverluste von bis zu 5 Prozent.

Zudem hat man seit 2000 sozialpolitisch verstärkt auf die Mitte gesetzt, Leistungen für ärmere Familien bewußt gestrichen und Familien im mittleren Bereich stärker gefördert. Das fing mit Hartz IV an, da nun Familien weniger Geld als bei der Sozialhilfe hatten. Früher wurden sogenannte einmalige Leistungen wie Kleidung zusätzlich gewährt, mit Hartz IV wurde alles pauschaliert. Um 2007 wurde das Erziehungsgeld abgeschafft und durch das Elterngeld ersetzt. Erziehungsgeld war als Pauschale ausdrücklich für schwächere Haushalte da und wurde mit steigendem Einkommen abgeschmolzen. Zudem war es anrechnungsfrei in Hartz IV. Mit dem Elterngeld wurde das ganze gedreht, und man bekam einen prozentualen Anteil des zuvor erzielten Erwerbseinkommens, wovon die Besserverdienenden am meisten profitierten. Die schlechter Gestellten bekamen wesentlich weniger als vorher. 2011 wurde dann der Freibetrag in Hartz IV für diese Leistung gestrichen, seither wird das ge-

samte Elterngeld mit angerechnet. Die Armut ist also zum größten Teil hausgemacht und ein Ergebnis politischen Willens: Laß uns die Mittelschicht hofieren, der Rest ergibt sich von selber.

Heute gibt es 1,2 Millionen Aufstocker, die kaum mehr haben, als wenn sie nicht arbeiten gingen. Sie kämpfen gegen Windmühlen. In Hartz IV sind 4,5 Millionen theoretisch erwerbsfähig, davon nur 1,5 Millionen arbeitslos, die andern machen alle irgend etwas. Sie sind zum Teil in Maßnahmen, die sie selber als nicht sinnvoll erleben. Die 1,2 Millionen Aufstocker sind keineswegs alle Minijobber, die Hälfte ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt, nur häufig wegen der Kinder nicht vollzeit. Hunderttausende pflegen Angehörige und stehen deshalb dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung.



*Sabine Boeddinghaus
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Geld hilft - hinzu müssen strukturelle Maßnahmen kommen

Hamburg hat eine Milliarde Euro für die Elbphilharmonie aufge-

wendet und Milliarden für die HSH Nordbank, so der Moderator. Reicht es in dieser Stadt, viel Geld in die Hand zu nehmen, um das Problem zu lösen? Wie Sabine Boeddinghaus unterstrich, würde es wirksam helfen, sofern bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung der Familien ergriffen werden. In Hamburg sind mehrere Kinder gestorben, die in Jugendhilfe betreut waren. Sie kamen alle aus Familien, die von Armut bedroht oder arm waren. Beim Versuch, sich diesem Thema in der Enquetekommission zu nähern, waren SPD und Grüne dagegen, Armut und Lebenslagen von Kindern in diesen Auftrag zu nehmen. Im politischen Umgang trete ein Unwillen zutage, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Daß es dann doch aufgenommen wurde, war dem Kommissionsvorsitzenden zu verdanken, der darauf bestand, daß die soziale Lage der Familien Teil des Untersuchungsauftrags sein müsse. Generell dürfe Armutsbekämpfung aus dem politischen Blickwinkel nicht Wohlfahrt oder Almosen sein. Politik müsse anerkennen, daß Kinder das Recht auf ein Aufwachsen ohne Gewalt, Armut und in Sicherheit haben, daß sie Teilhabemöglichkeiten, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Förderung bekommen. Politik muß die Rahmenbedingungen schaffen, daß dieses Grundrecht eingelöst wird, so Boeddinghaus.

Bundesweit wird eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz als elementare Voraussetzung diskutiert. Armutsbekämpfung muß auch heißen, die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen zu stärken und ein kostenloses Frühstück in Kita und

Grundschule anzubieten. Träger und Verbände haben bestätigt, daß Armut in Hamburg auf hohem Niveau stabilisiert wird. Die bislang ergriffenen Maßnahmen haben nicht dazu geführt, die Armut zu verringern. Familien haben die Perspektive verloren, die Kinder schämen sich und gehen nicht davon aus, daß sie ein Recht auf eine gute Ausbildung haben.

Er könne sich nicht vorstellen, daß man das Problem aus der Welt schafft, wenn man allen Familien einige hundert Euro mehr gibt, legte Schalthoff nach. Man könne die Probleme nicht mit Geld wegkaufen. Dem widersprach Sabine Riekermann (Sprecherin der Fachgruppe Schulen in ver.di). Ihrer langjährigen Erfahrung nach hat die Armut in den Schulen viele Gesichter. Längst nicht alle Eltern beantragen das Bildungs- und Teilhabepaket, weil sie sich schämen. Werden die Kinder älter, begreifen sie um so mehr, in welcher Situation sie leben, und sagen ihren Eltern, sie sollen diese Leistung nicht in der Schule beantragen, weil es ihnen peinlich ist. Die Eltern sind überhaupt nicht geschützt, weil jeder das mitbekommt. Würden alle Kinder ein freies Essen bekommen, fiel die Trennung an dieser Stelle überhaupt nicht mehr auf.

Dem fügte Boeddinghaus hinzu, daß Kinder in Familien aufwachsen sollten, in denen sie keine Angst haben, daß der Strom abgeschaltet wird, die Eltern nicht ständig gestreßt sind und schlechte Laune haben, daß sie sich nicht in der Schule schämen müssen, weil sie nicht mithalten können. Die strukturelle Demütigung im Bildungssystem könnte durch politische Maßnahmen zumindest

verringert werden. Eine Politik der Prävention, die Menschenrechte und Kinderrechte achtet, würde sehr viel bewirken. Daß die unwürdige Lage armer Familien vielfach nicht mehr zur Kenntnis genommen wird, habe viel mit Abwehr zu tun. Als in der Enquetekommission die Ergebnisse der Anhörung vorgetragen wurden, sei ihr eine heftige Abwehr entgegengeschlagen: Da kommt Aggression hoch, wenn man damit konfrontiert ist, das will man einfach nicht wissen.

Die mangelnde Bereitschaft der Parteipolitik, sich mit diesem Thema zu befassen, führte Schneider darauf zurück, daß es keinen Spaß macht und daß man damit keine Wahlen gewinnen kann. Im Unterschied zu vielen anderen Menschen haben Hartz-IV-Bezieher keine Tätigkeit, die ihnen zusagt. Niemand will bis 2 Uhr nachts in der Kneipe hinterm Tresen stehen und Bier verkaufen oder als DHL-Bote für kleines Geld mit dem Wagen herumfahren und nicht wissen, wie er über den Monat kommen soll. Das unterscheidet auch Berufspolitiker von denen, für die sie sich angeblich einsetzen. Mit den 10 Prozent Armen in Deutschland kann man keine Wahlen gewinnen. Will man Wahlen mit sozialen Themen gewinnen, muß man auf jene zielen, die sich verunsichert fühlen. Mit Menschen in der unteren Mittelschicht beschäftigen sich Politiker ganz gern und nehmen dabei die Umschichtung in der Familienpolitik dahin vor, wo es Wähler zu gewinnen gibt. Das ist einer der Gründe, warum Armut als Thema eine gewisse Abneigung erfährt, außer bei jenen, die mit Leidenschaft und aus tiefer

Überzeugung hinter dem Thema stehen. Die gibt es überall, auch in allen Parteien, in der einen mehr, in der anderen sehr viel weniger, so Schneider.

Er sei davon überzeugt, daß Geld gegen Armut hilft. Eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, die von Hartz IV leben muß, hat ein Regelsatzaufkommen von etwas über 900 Euro je nach Alter der Kinder. Vielen Hartz-IV-Beziehern steht der Regelsatz gar nicht zur Verfügung. Viele haben Schulden und müssen Ratenzahlungen aus der Zeit vor Hartz IV bedienen. Fast ein Drittel der Hartz-IV-Bezieher muß aus dem Regelsatz auch Teile der Miete bestreiten, weil sie nicht voll übernommen wird. Im Angesicht einer solchen Frau würden wir es niemals wagen zu sagen, die 300 Euro helfen dir doch sowieso nicht.

Auch das Argument, eine individuelle Hilfe löse das Problem als ganzes nicht, sei hinfällig. Es geht um 13 Millionen Individuen, und wenn ihnen individuell geholfen wird, ist das Problem aus Welt geschafft, unterstrich Schneider. Das Geld dazu ist vorhanden, es gehe um Umverteilung. Der Paritätische wie auch die Diakonie und die Caritas haben unabhängig voneinander errechnet, daß die Regelsätze um 30 Prozent erhöht werden sollten, was 10 Milliarden Euro kosten würde. Derzeit ist von einem Haushaltsüberschuß von 45 Milliarden im ersten Halbjahr die Rede, wovon 17 Milliarden auf den Bund entfallen. Er hätte die Möglichkeit gehabt, aus diesen Steuermitteln die Regelsätze so zu erhöhen, daß die Menschen nicht morgens mit Existenzangst aufwachen.

Hinzu müssen weitere Maßnahmen kommen, wie vernünftige Arbeit für die Eltern. Wo es der Arbeitsmarkt nicht bietet, muß nachgeholfen werden. Viele können nicht den ganzen Tag arbeiten, gesundheitlich oder wegen der Kinder. Da muß der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor ausgebaut werden. Das könnte Hamburg sogar ohne den Bund mit Beschäftigungsträgern für bestimmte Zielgruppen bewerkstelligen. Man könnte zum Beispiel für alleinerziehende Mütter, die wegen der Kinder ihre Ausbildung abbrechen mußten, Maßnahmen einrichten. Arbeit, Ausbildung und Kind sollen für diese Mütter vereinbar werden, damit sie nicht von Transferzahlungen abhängig bleiben. Kindergrundsicherung ist Sache des Bundes, Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Vielen Eltern in Hartz IV reicht das Einkommen für sie selber, doch sobald Kinder da sind, wachsen sie in Hartz IV hinein und müssen als Aufstocker das volle Hartz-IV-Programm absolvieren, obwohl sie arbeiten. Demgegenüber fordert das Konzept der Grundsicherung, daß jedes Kind ein existenzsicherndes Kindergeld erhalten soll - im Moment sind das 608 Euro -, das mit steigendem Einkommen abgeschmolzen wird. Dann bekäme eine Familie mit zwei Kindern, die netto 1000 Euro verdient, ein Kindergeld, das über Hartz IV liegt, und müßte nicht zum Jobcenter gehen. Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen.

Neben einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und einer existenzsichernden Kindergrundsicherung für arme Familien sei als Drittes eine Stadtteilarbeit erforderlich, die vor Ort eine

Infrastruktur vorhält: Wir setzen einen Rechtsanspruch auf Teilhabe. Beim Rechtsanspruch auf Kindergärten hieß es damals, das ist unmöglich, kann keiner bezahlen. Wir haben es dennoch gemacht und es geht. Später folgte der Rechtsanspruch auf Kinderkrippen, da hieß es auch, daß das nicht geht. Es ging aber doch. Jetzt ist die Zeit reif für einen Rechtsanspruch auf Teilhabe. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz

ob es gut sei, mehr Geld zu geben, und diese Kontroverse hänge immer noch in den Köpfen drin. Die Gruppen, die über wenig Geld verfügen, werden abgeschrieben. Man braucht freies Mittagessen in den Schulen, Würde könne mit Geld erkaufte werden. Im übrigen ergab in ihrer damaligen Praxis eine Studie nur 2 Prozent Betrugsfälle in der Sozialhilfe, womit sie weit unter Steuerbetrug rangierte.

Kinder in einer Familie aufwachsen, die sie fördern kann. Am wichtigsten sei natürlich, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern - ein höherer Mindestlohn zum Beispiel oder daß Menschen aus diesen prekären Arbeitsverhältnissen vor allem im Dienstleistungssektor herauskommen. Beschäftigungsträger wie Alraune kämpfen jedes Jahr um Mittel, um alleinstehende Mütter beschäftigen zu können.



stehen die Maßnahmen, die notwendig wären, von der Erziehungsberatung über Jugendverbandsarbeit bis hin zu Erholungsmaßnahmen. Für die armen Kinder muß das kostenlos sein. Dann sind auch Gebietskörperschaften in der Pflicht, das vorzuhalten.

Auch Heike Sudmann (Fachsprecherin Stadtentwicklung, Wohnung und Verkehr) unterstrich, das beides erforderlich sei: Geld für die Einzelnen und Geld für das System. Als sie in den 80er Jahren im Sozialamt gearbeitet hatte, gab es noch das Ermessen, so daß wesentlich mehr Gelder herausgegeben werden konnten. Schon damals wurde diskutiert,

Heike Sudmann

Foto: © 2019 by Schattenblick

Armut im Kontext der Stadtentwicklung

Als ein weiterer Problemkomplex wurde diskutiert, daß sich Armut in bestimmten Stadtteilen konzentriert. Ein Diskussionsteilnehmer berichtete aus Steilshoop, daß das alle zwei Jahre erstellte Sozialmonitoring dort einen Abwärtstrend festgestellt hat. Der Stadtteil weist einen hohen Anteil an alleinerziehenden Müttern und Menschen mit Migrationshintergrund auf, viele arbeiten im Niedriglohnsektor. Diese Rahmenbedingungen verhindern, daß die

Hat der Drittmix bei Neubauten in Hamburg dazu geführt, daß die Stadtteile sozial stärker durchmischt werden? Das funktionierte laut Sudmann nicht, weil sich der Drittmix auf den gesamten Bezirk bezieht. In den reichsten Stadtteilen wie Blankenese sind kaum mehr als zehn Sozialwohnungen entstanden. Die erhoffte Wirkung bleibe aber schon deswegen aus, weil in Hamburg fast 50 Prozent aller Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Weniger als ein Viertel der geplanten Sozialwohnungen wurde überhaupt gebaut und dann auch noch geballt in Kleinwohnungen, die nicht für Familien geeignet sind. Grundsätzlich müsse man erst einmal dafür sorgen, daß die Mieten nicht weiter steigen, damit die Menschen in ihrem Stadtteil wohnen bleiben können.

Ein anderer Diskussionsteilnehmer legte für Wilhelmsburg dar, daß dort seit 2000 durchgängig bis heute 20.000 Menschen von Hartz IV leben. Die Bevölkerung ist von 50.000 auf 64.000 gewachsen, wodurch der Anteil der Hartz-IV-Empfänger prozentual gefallen ist. Aber für diese ändert sich nichts und sie erleben, daß die Politik nichts für sie macht. Die Mieten steigen, und der Zu-

zug reicherer Leute setzt einen Verdrängungsprozeß in Gang. Von einer positiven Entwicklung, wie sie der Moderator geltend machte, könne keine Rede sein. Vielmehr verfestigte sich ein falsches Menschenbild. Drittelmix heißt, daß es sozial geförderten Wohnungsbau geben muß, weil es arme Menschen gibt, wie es zugleich teure Wohnungen für Menschen mit mehr Geld geben muß. Dieses Menschenbild beruhe auf Ungleichheit. Die Menschen in Wilhelmsburg, die in der dritten Generation in diesem System leben, sind so weit weg, daß sie nicht mehr herauskommen, egal, was in diesem Stadtteil an Wohnungsbau passiert. Sie sehen, daß es nicht für sie geschieht. Sie wissen schon als Kinder, daß sie lebenslang abgehängt bleiben werden, wenn sie sich nicht wehren. Und das können sie nicht, außer auf sozial nicht verträgliche Art und Weise.

Rahmenbedingungen und Hilfe im Einzelfall

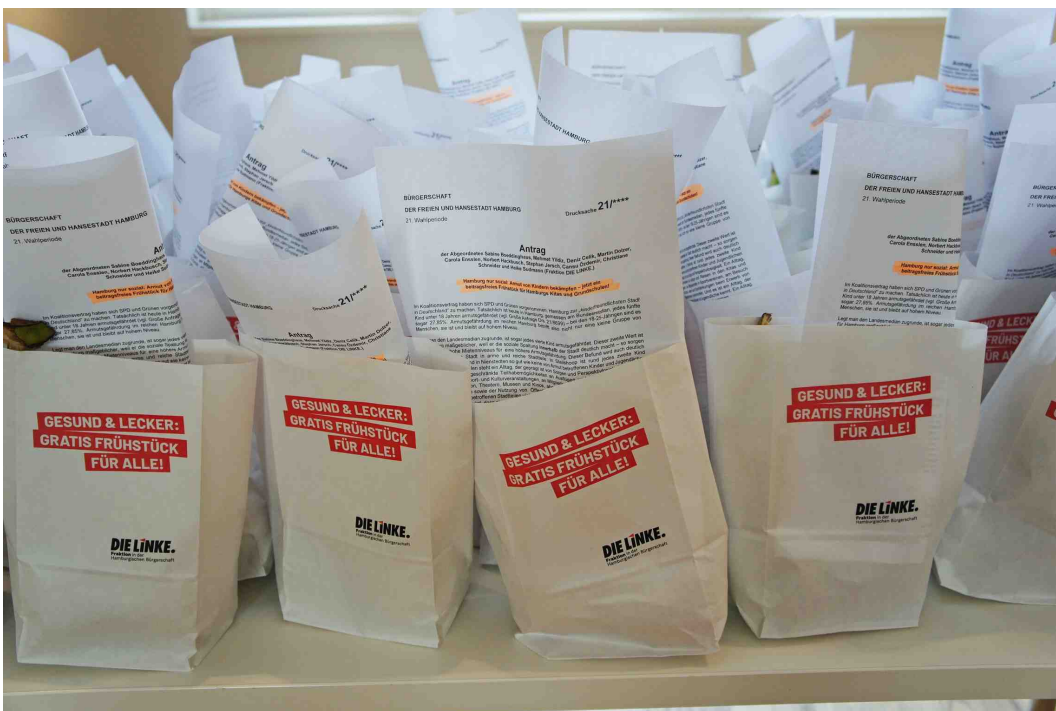
Wird Armut also gewissermaßen von einer Generation auf die andere vererbt? Wenn Kinder von sich aus herauskommen sollen, dann muß man die Eltern rausholen, hob Schneider hervor. Die schaffen es nicht allein, was ganz banale Gründe haben kann. Alleinerziehende mit Schichtdienst an der Kasse müssen aufstocken. Familien mit zerstörter Struktur können ohne familienpädagogische Hilfe nicht in Arbeit integriert werden. In den Beratungsstellen trifft man auf Menschen, die zunächst einer Zahnbehandlung oder eines Besuchs beim Hausarzt bedürfen, der vielleicht feststellt, daß gar keine Arbeitsfähigkeit mehr gegeben ist. Will der Staat die Kinder tatsächlich herausholen, muß er etwas für die Eltern tun.

die Schule zu bringen, wandte der Moderator ein. Lläuft man nicht Gefahr, diese Leute zu stigmatisieren, wenn man sagt, sie kommen da nicht heraus? Dazu erklärte Boeddinghaus, daß Politik in diesem Feld nicht als Wohlfahrt zu verstehen sei. Die Verbände machen eine sehr gute Arbeit, die Politik muß Rahmenbedingungen schaffen, daß sich diese Menschen selbst in die Lage versetzen können, in Würde zu leben. Politik muß dafür sorgen, daß Kinder und Jugendliche Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte haben.

Schneider gab zu bedenken, daß in jedem Einzelfall genau zu prüfen sei, womit man es zu tun hat. Ein Facharbeiter, der ganz gut über die Runden kam und sich auch gerne was gegönnt hat, lebt deshalb an der Kante. Dann macht die Firma pleite, doch er wohnt in einer Region, wo sein Beruf gerade nicht gesucht wird. Er reizt das

aus, will wieder seinen Beruf und sein Gehalt haben, der ist ruckzuck nach einem Jahr in Hartz IV. Das ist eine andere Situation als die eines 17jährigen Mädchens, das die Ausbildung geschmissen hat, weil sie ein Kind bekommen hat. Wieder ein anderer Mensch ist nur vier Stunden am Tag arbeitsfähig. In Hartz IV zählt jeder als arbeitsfähig, der es schafft, drei Stunden

am Tag tätig zu sein und das nicht einmal am Stück. Dann heißt es immer, der kann doch an



Ernährungssouveränität organisieren

Foto: © 2019 by Schattenblick

Nun schaffen es aber manche Menschen in vergleichbaren Situationen doch, ihre Kinder durch

der Pforte arbeiten. So viele Pforten gibt es gar nicht. Der größere Teil der armen Menschen hat eine Ausbildung, aber die wird nicht mehr gebraucht.

Er denke nicht, daß man stigmatisiert, wenn man das Problem beim Namen nennt. Wenn jemand nur vier Stunden am Tag arbeiten kann, dann ist er vielleicht besser in der Erwerbsunfähigkeitsrente aufgehoben, als daß er jeden Monat ein Bewerbungstraining macht, was ungemein entwürdigend ist. Doch wie verhalte es sich mit der 17jährigen, die einfach nur keinen Bock hat, wollte Schalthoff wissen. Dazu berichtete Schneider, daß er in Talkshows mehrfach mit solchen Menschen konfrontiert worden sei, die als Beweis vorgeführt wurden, daß etliche gar nicht arbeiten wollen. Sie hätten durchweg psychische Probleme gehabt und der Hilfe bedurft, wie er das auch in den Einrichtungen immer wieder erlebe. Kürzt man ihr Hartz IV auf Null, treibt man sie auf die Straße und in die Prostitution. Sie brauchen Sozialarbeiter, die mit ihnen fast therapeutisch aufarbeiten, was sie mit ihrem Leben machen wollen. Dem fügte Boeddinghaus hinzu, daß alle Kinder mal durchhängen, diese aber keinen familiären Hintergrund haben, der sie auffängt. Sie werden mit 18 Jahren aus dem Jugendhilfesystem geworfen und ihnen wird abverlangt, sich allein zu organisieren. Derart viel Selbstständigkeit würde auch Kindern bessergestellter Familien Alpträume bereiten.



*Neues Bündnis für soziale und ökologische Politik
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Erforderlich ist eine umfassende Strategie

Einigkeit herrschte in der Diskussion darüber, daß es keine isolierte Maßnahme gibt, die das Problem allein lösen kann. Darauf ging auch Cansu Özdemir (Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion) ein. Das sei noch einmal deutlich geworden, als die Veranstaltungsreihe "Mut gegen Armut" alle Stadtteile besucht hat. Familienarmut fängt beim ÖPNV an, den hohen Mieten, die mehr als die Hälfte des Einkommens verschlingen, der sozialen Infrastruktur, da es nicht in jedem Stadtteil die gleiche ärztliche Versorgung gibt, und setzt sich bei der Schulbildung und vielen weiteren Baustellen fort. Erforderlich ist also eine umfassende und langfristige Strategie. Die

Grünen haben vor der letzten Bürgerschaftswahl eine Enquetekommission zur Untersuchung der Armut in Hamburg gefordert, doch ist davon seither keine Rede mehr. Deshalb fordert Die Linke, auf Grundlage der Eckpunkte, die gemeinsam in den Stadtteilen erarbeitet wurden, zusammen mit den Expertinnen und Experten eine Strategie gegen die Armut zu entwickeln. Dazu gehören die Wohlfahrtsverbände, die Sozialarbeiterinnen vor Ort wie auch alle maßgeblichen Behörden. Dann soll im Jahr 2020/2021,

wenn die nächsten Haushaltsberatungen anstehen, die Kostenfrage beziffert und eine konkrete Zielvorgabe zur Senkung der Armut gemacht werden.

Özdemir wies auf einen weiteren Gesichtspunkt hin, der ihr in den Diskussionen um Rezo und Fridays for Future aufgefallen war. Beim Besuch von FFF in der Bürgerschaft waren alle Fraktionen in einer Gesprächsrunde vertreten. Wie eine Jugendliche sagte, nehme sie Politik nicht mehr ernst, weil diese ohnehin nicht zuhöre und die erhobenen Forderungen auch nicht umsetze. Wenn schon die Jugend den Glauben daran verliert, daß die Politik an ihrer prekären Situation etwas verändert, dann ist das eine extrem bittere Entwicklung. Auch bei Rezo wurden Abwehrreaktionen laut, überlaß das mal den Profis. Es fehlt der Ansatz, so etwas ernst zu nehmen und daran etwas zu verändern, auch das betrifft Teilha-

be. Kurz nach der Bürgerschaftswahl 2015 drehte sich die erste aktuelle Stunde um die Ergebnisse in den Stadtteilen, in denen mehr ärmere Menschen leben. Damals versprach der heutige Fi-

nen und seine Briefe hinlegen kann, die man nicht versteht, und erklärt bekommt, was zu tun ist, oder jemand die Antwortschreiben verfaßt. Oder Jugendliche, die zu Hause unglücklich sind und

sein. Das schein ihm der zentrale Punkt im Erleben von Armut und Veränderung zu sein. Der SoVD werde einen Antrag stellen, daß solche Zentren in allen Stadtteilen eingerichtet werden.



nanzsenator Andreas Dressel, dieses Thema auf die Agenda zu setzen und etwas zu verändern. Das ist jedoch nicht geschehen, und jedesmal wenn die Linksfraktion daran erinnert, wird mit den Augen gerollt und abgewinkt.

Einen weiteren wichtigen Ansatz brachte Tim Kunstreich (emeritierter Prof. für Soziale Arbeit) im Auftrag des Sozialverbands Deutschland (SoVD) zur Sprache. Wie kommen diejenigen, die Hilfe brauchen, an Hilfe, ohne diskriminiert zu werden? Da herrsche ein großes Manko. Es müssen bedingungslose Rechte und Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden. Daß man beispielsweise zum Familienzentrum ge-

herausmöchten. Mitte der 80er Jahre waren 60 Prozent der Jugendlichen in Heimerziehung noch Selbstmelder. Heute gibt es so gut wie keine Selbstmelder mehr, weil die Stufen sehr hoch geworden und stark diskriminierend sind. Diskriminierungsfreie Wege zu Beratung und Unterstützung betreffen nicht nur Jugendliche, sondern auch Familien und alte Menschen, die sich schämen, ihre Armut einzugestehen. Ich habe noch nie einen Armen getroffen, der sich selber arm nennt, der nennt sich anders. Die Selbstbezeichnung "arm" gibt es gar nicht, hob Kunstreich hervor. Der bedingungslose Zugang zu Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung darf nicht diskriminierend

*Sozialpolitik auf Augenhöhe
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Sozial-ökologisches Bündnis auf der Tagesordnung

Ist der politische Wille vorhanden, sollte die Finanzierung möglich sein. Wie aber kann die Linksfraktion aus der Opposition heraus solche Vorschläge durchsetzen? Wengleich viele Menschen in Hamburg von Armut betroffen seien, bleibe eine nennenswerte Solidaritätsbewegung aus, gab Schalthoff zu bedenken. Das habe immer etwas damit zu tun, wie überzeugend die Forderungen sind und wie viele Menschen mit diesen Ideen angesteckt werden können, in den Parteien wie auch

draußen auf der Straße, erwiderte Boeddinghaus. So, wie sich SPD und Grüne in Hamburg aufstellen, sei jedoch derzeit keine Anschlußfähigkeit zu erkennen. Gesellschaftlich müßte sich mehr bewegen, und es wäre wünschenswert, daß Armutsbekämpfung stärker aufgegriffen und wieder ein Bündnis geschlossen wird, um gesellschaftlich Druck zu entfalten. Sudmann erinnerte an das Bündnis gegen Rotstiftpolitik, bei dem Gewerkschaften und verschiedene Sozialverbände mit im Boot waren. Bei einer Anhörung der Linksfraktion im Rathaus, zu der alle Trägerinnen eingeladen waren, wurde damals deutlich, wie viel überall weggekürzt worden war. Offenbar fehlte einfach auch die Kraft, weil immer mehr zu tun war, das habe dieses Bündnis geschwächt. Auch Boeddinghaus stellte im Bereich der Bildung, aber auch der Kinder- und Jugendhilfe eine große Erschöpfung fest. Bei Gesprächen in den Stadtteilen höre sie immer wieder, daß es unglaublich viel Engagement gibt, aber sie können einfach nicht mehr. Das sei Ausdruck ungeheurer Verdichtung und Ökonomisierung, auch die Schuldenbremse spiele dabei eine große Rolle.

Wie ein Diskussionsteilnehmer ausführte, stehen gesellschaftliche Entscheidungen an, die viel mit Umverteilung zu tun haben. Es sei zu erwarten, daß die Lebenshaltungskosten umgeschichtet werden und erwerbsarme Menschen noch größere Probleme bekommen, ihre alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen. Da die Klimaschutzpolitik ohne Bearbeitung der sozialen Frage nicht möglich sei, könnte dies dazu führen, daß auch der sozialen Problematik wieder größere Aufmerksamkeit

geschenkt wird. Diesen Gedanken bekräftigte Schneider, der auf Bundesebene einen neuen Aufbruch verortete. Das Bündnis "Umfairteilen" war 2013 erledigt, als Sigmar Gabriel mit den Wahlen alles einkassiert hat, was an SPD-Vorstellungen im Wahlkampf prägend war. Nach zwei Großen Koalitionen habe man keinen Ansprechpartner mehr in der Regierung, doch das ändere sich gerade. Wie ernst die SPD ihren Vorschlag zur Vermögenssteuer meint, sei dahingestellt. Doch in den Medien wird erstmals wieder mit Vehemenz über Umverteilung diskutiert. Die Nervosität auf neoliberaler Seite ist viel größer als 2013, weil das Thema heute angesichts zahlreicher Verschärfungen einen anderen Hintergrund hat. Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, daß ein Bürgervolksbegehren zur Vergesellschaftung von Wohneigentum läuft oder ein Juso-Vorsitzender Verstaatlichung fordert? Auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich die Situation zu, das macht vielen Menschen Angst. In Berlin sind 80 Prozent der Bevölkerung Mieter. Wenn Parteien auf den Mietendeckel losgehen, wissen sie genau, daß sie sich damit gegen 80 Prozent Wähler positionieren, für die Rot-Rot-Grün gerade eine attraktive Politik macht.

Auch der Kampf gegen den Klimawandel stimme ihn optimistisch. Es häuften sich Einladungen von den Grünen, vom Umweltministerium und anderen Interessierten, die alle die soziale Frage erörtern wollen, die mit der Klimakrise hochkommt. Wird CO2 angemessen in Preis genommen, bekommt das die Bevölkerung zu spüren. Wird diese Frage nicht gelöst, gibt es keine Politik gegen den Klima-

wandel. Die Sozialverbände gehen im November zusammen mit den Umweltverbänden auf die Straße, die eine sozial-ökologische Wende wollen. Er habe neulich mit Opel und VW zu einem Gespräch zusammengesessen. Würden in Deutschland in einigen Jahren nur noch Elektrofahrzeuge zugelassen, hätte die Hälfte der bisherigen Halter kein Auto mehr. Die Industrie ist nicht willens, Elektrofahrzeuge unter 30.000 Euro anzubieten, weil sie erklärt, andernfalls kein Geschäft mehr zu machen. Die Antwort kann nur im Ausbau eines ökologisch sinnvollen ÖPNV liegen. Da zieht sogar die Autoindustrie mit, weil sie ihre teureren Fahrzeuge absetzen will, während der Rest aus ihrer Sicht Bus fahren kann. Deswegen eröffnet sich jetzt die Chance zu sagen, wir wollen nicht genauso viele Autos mit Elektromotor, sondern intelligente Systeme eines möglichst kostenfreien ÖPNV. Das wird eine der zentralen Forderungen in dem sozial-ökologischen Bündnis sein, das sich gerade formiert. "Umfairteilen" wird wahrscheinlich ab Januar wieder auf der Bildfläche erscheinen, das Ganze wird kulturell von "Unteilbar" getragen. Deswegen sei er besseren Mutes als in den letzten acht Jahren, setzte Ulrich Schneider mit seinem Schlußwort ein richtungsweisendes Zeichen.

Anmerkung:

[1] www.der-paritaetische.de/presse/paritaetisches-jahresgutachten-verband-konstatiert-wachsende-soziale-ungleichheit-und-fordert-neue-s/

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0348.html>

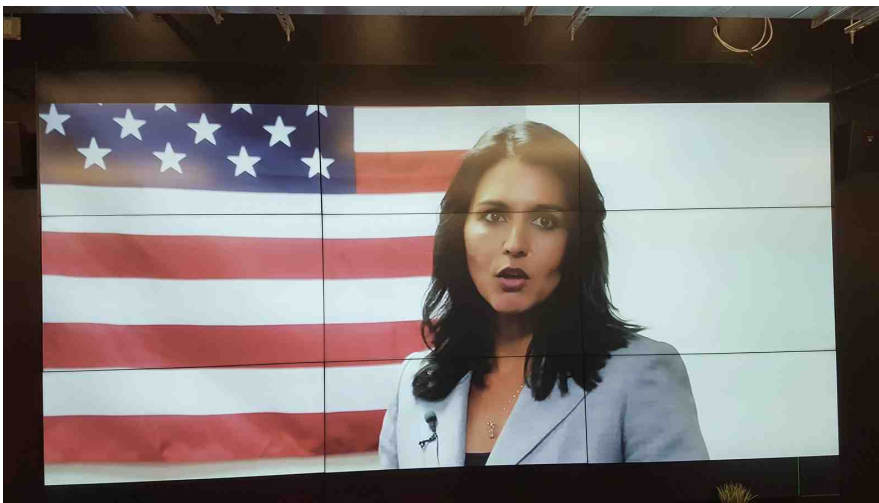
Trumps Amerika - Angriffsspitze der Demokraten ...

(SB) 3. September 2019 - Seit Anfang 2019 ist das Rennen um die Nominierung zum offiziellen Kandidaten der Demokraten bei der nächsten Präsidentenwahl im November 2020 voll im Gange, obwohl die Vorwahlen erst im kommenden Februar stattfinden. Im Raum steht die Frage, ob die Demokraten aus dem Fiasko von 2016 gelernt haben, als die Parteilührung auf Hillary Clinton als demokratische Kandidatin trotz ihrer großen Unbeliebtheit bei weiten Teilen der Bevölkerung beharrte und somit dafür sorgte, daß der republikanische Außen-

Lady derart überraschend, daß sie nach Bekanntwerden des Wahlausgangs in der Nacht vom 6. auf den 7. November 2016 keine Gratulations-, sondern lediglich eine Siegesrede parat hatte. Völlig ungewöhnlich und absolut stillos verweigerte Bill Clintons Gattin in der Wahlnacht eine öffentliche Stellungnahme und trat statt dessen erst am darauffolgenden Nachmittag vor die Presse, erkannte trotzig-übellaunig den Sieg Trumps an und rief gleichzeitig dessen zahlreiche Gegner zum "Widerstand" gegen das neue Regime in Washington auf.

als erste US-Präsidentin der Geschichte konzipiert und von der kein Abweichen vorgesehen war, selbst als sich die Katastrophe abzeichnete. Verfolgt von Vorwürfen bezüglich der illegalen Nutzung eines privaten und damit geheimdienstlich ungeschützten E-Mail-Kontos während ihrer Zeit als Obamas Außenministerin geriet Clinton im Juli 2016 vollends in Mißkredit, als Wikileaks Dokumente der demokratischen Partei veröffentlichte, aus denen klar hervorging, daß das Democratic National Committee (DNC) die Vorwahlen zuungunsten des zweitplazierten Senators Bernie Sanders aus Vermont manipuliert hatte. Wegen des spektakulären Skandals mußte die Clinton-Vertraute Debbie Wasserman Schultz noch während des Parteitags der Demokraten in Philadelphia als DNC-Vorsitzende zurücktreten.

Nicht wenige namhafte Demoskopisten in den USA glauben, daß Sanders 2016 in der direkten Auseinandersetzung Trump geschlagen hätte, weil der demokratische Sozialist viele Wähler an sich hätte binden können, welche die jahrelange Vernachlässigung der Nöte und Sorgen der Mittel- und Arbeiterschicht durch die Washingtoner Politelite bei gleichzeitigem Dauerkrieg im Ausland sowie angesichts einer beispiellosen und extrem teuren Rettung vermeintlich "systemrelevanter" Bankhäuser nach der Finanzkrise 2008 beklagten und deshalb beim eigentlichen Urnengang eher aus Protest dem Prahl-



seiter Donald Trump mittels billigstem Populismus zum Nachfolger Barack Obamas wurde. Um diese Frage eindeutig beantworten zu können, ist es noch zu früh. Gleichwohl sind die Anzeichen alles andere als ermutigend.

Die Niederlage Clintons, das Scheitern ihres sichergeglaubten Traums vom historischen Einzug als erste Präsidentin ins Weiße Haus, kam für die ehemalige First

*Tulsi Gabbard (Screenshot ihres eigenen Wahlkampfvideos)
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Das war wahrlich keine Sternstunde der Demokratie, wie sich die Ex-Senatorin von New York am Ende der Präsidentenwahl als ganz schlechte Verlierer aufführte. Vielmehr war es das I-Tüpfelchen einer mißratenen Kampagne, die von langer Hand als feierliche Inthronisierung Clintons

hans aus der New Yorker Immobilienbranche ihre Stimmen gaben. Auch diesmal ist Sanders, inzwischen 77 Jahre alt, wieder dabei und gilt als einer der aussichtsreichsten Bewerber auf die Nominierung zum offiziellen Kandidaten der Demokraten. Der Leitwolf des linken Flügels tritt für eine kostengünstige Krankenversicherung für alle, kostenlosen Universitätsbesuch bei Streichung der Ausbildungsschulden abertausender bisheriger Hochschulabsolventen sowie einen Green New Deal ein, um die Gesellschaft und Wirtschaft auf die Erfordernisse der Bekämpfung bzw. Linderung des Klimawandels einzustellen. Im Wahlkampf wird Sanders demonstrativ von Alexandria Ocasio-Cortez, dem neuen jungen Shooting Star der Demokraten im Repräsentantenhaus, unterstützt.

sich als ehemalige Juraprofessorin mit Spezialgebiet Konkursrecht als kenntnisreiche Kritikerin der Bankenrettung im besonderen und des neoliberalen Wirtschaftsdogmas im allgemeinen, das seit den 70er Jahren für eine klaffende Schere zwischen Arm und Reich sorgt, hervorgetan. Warrens energische Gegenwehr gegen die Dauerattacken Trumps, der sie wegen ihrer angeblichen Abstammung aus einer First Nation als "Pocahontas" verhöhnt, hat sie in den Augen vieler US-Bürger, denen der verächtliche Ton des Präsidenten gegenüber Frauen sowie Menschen mit einer anderen Hautfarbe als der weißen und einer anderen Religion als die christliche zuwider ist, zur Ikone gemacht. Wegen der Ähnlichkeit der Positionen von Sanders und Warren wird schon jetzt über ein gemeinsames "Ticket" der beiden

Obamas Vizepräsident war, präsentiert sich als Kandidat der Mitte, der mit seiner Netter-Onkel-Art als Präsident zwischen linken Radikalinskis der Demokraten und republikanischen Tea-Party-Ideologen im Kongreß vermitteln könnte. Doch Bidens nackter Opportunismus, seine Bereitschaft, jedem nach dem Mund zu reden, lassen seine Erfolgsaussichten gering erscheinen. Erschwerend deutet sich in den letzten Monaten bei dem 76jährigen Berufspolitiker eine leichte geistige Debitilität an, die zunehmend Zweifel an seiner Eignung für das höchste Amt im Staat aufkommen läßt.

Deswegen wird Kamala Harris, die 54jährige Senatorin aus Kalifornien, als heimliche Favoritin des großen Geldes bei den Demokraten gehandelt, das sich bisher mit wenigen Ausnahmen - die Aufstellung des Vietnamkriegsgegners George McGovern gegen Richard Nixon 1972 sticht hervor - stets gegen die Parteibasis durchsetzen konnte. Harris ist nicht nur weiblich, sondern auch farbig; ihre Mutter ist Tamilin aus Indien, der Vater stammt aus Jamaika. Dadurch ist sie für zwei der wichtigsten demokratischen Zielgruppen eine äußerst attraktive Kandidatin, deren Vergangenheit als Generalstaatsanwältin zuerst von San Francisco und später von ganz Kalifornien, die eine recht harte Law-and-Order-Linie verfochten hat, konservative Wähler sowie die Besitzer großer Vermögen begeistern dürfte.

Vom sonstigen Kandidatenfeld bei den Demokraten mit mehr als 20 Bewerbern ist nicht viel zu berichten, wäre da nicht Tulsi Gabbard. Die 38jährige Kongreßabgeordnete aus Hawaii, die 2013



*John Boehner, damals Sprecher des Repräsentantenhauses, schwört Gabbard 2013 als Kongreßabgeordnete ein (Screenshot des Wahlkampfvideos)
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Die beiden Hauptkontrahenten von Sanders sind Joe Biden und Elizabeth Warren. Die 70jährige Senatorin aus Massachusetts hat

im November 2020 mit ihm als Präsidentschaftskandidaten und ihr als Vizepräsidentschaftskandidatin - oder umgekehrt - spekuliert.

Um einen Durchmarsch des linken "Dream Team" zu verhindern, setzt die demokratische Parteiführung zunächst auf Joe Biden. Der langjährige Senator aus Delaware, der von 2009 bis 2017



Gabbard spricht vor Angehörigen der First Nations und Umweltaktivisten bei Protesten gegen die Dakota Access Pipeline (Screenshot des Wahlkampfvideos)

Foto: © 2019 by Schattenblick

als erste Hindu ins Repräsentantenhaus einzog und zuvor als Nationalgardistin im Irak und in Kuwait gedient hatte, bezeichnet sich selbst als "Kriegsveteranin, progressive Feministin, Umweltschützerin, Vertreterin der Humanität und Surferin". 2016 ist die frühere Kampfkünstlerin als eine der wenigen Vertreter des Kongresses nach North Dakota gereist, um sich demonstrativ auf die Seite der Lakota zu stellen und deren große Protestaktion gegen den Bau der Dakota Access Pipeline von der Bakken-Schieferformation nach Illinois zu unterstützen. Unmittelbar nach den beiden bisherigen Fernsehdebatten war Gabbards Name der meisteingebene Begriff bei Google. In der ersten Debatte hatte sich Gabbard als einzige Kandidatin klar für den Abzug aller US-Streitkräfte aus Afghanistan ausgesprochen und die Durchwurschtelkonzepte der Konkurrenz als unqualifizierten Nonsens abgetan. In der zweiten Debatte hat sich die junge Hawaiianerin

Kamala Harris vorgeknüpft und deren Festhalten am Antidrogenkrieg sowie ihre einseitig drakonische Anwendung des Gesetzes gegenüber ärmeren Teilen der Bevölkerung als Staatsanwältin verurteilt.



Unter Applaus betritt die Kandidatin die Bühne

Foto: © 2019 by Schattenblick

Weil Gabbard 2017 bei einer Informationsreise nach Syrien den dortigen "Machthaber" Präsident Bashar Al Assad getroffen und mit ihm über Wege zur Beendigung des Krieges gesprochen hat, wird sie von den großen Medien als "umstrittene" Persönlichkeit geführt. Die Botschaft ist eindeutig: Wer die herrschende Meinung der außenpolitischen Elite in Wa-

shington, daß eine von den USA durchgesetzte unipolare Ordnung wünschenswert sei, in Frage stellt wird bestraft und als "unseriös" abgestempelt. Die Bereitschaft Gabbards anzuecken dürfte auch der Grund gewesen sein, warum in den ersten Stunden nach der zweiten Fernsehdebatte bei den Demokraten Google plötzlich ihren Youtube-Kanal gesperrt hatte. Das IT-Unternehmen begründete den Schritt mit dem ungewöhnlich hohen Verkehr auf dem Kanal, der eine unzulässige Einmischung eines ausländischen Geheimdiensts vermuten lasse. Gabbard sieht in der Maßnahme eine gezielte, illegale Benachteiligung und hat den übermächtigen Suchmaschinenbetreiber wegen

unzulässigen Eingriffs in den demokratischen Prozeß auf 50 Millionen Dollar verklagt. Gabbard ist bereits 2016 aus Protest gegen die Machenschaften des DNC gegen Bernie Sanders aus dem Parteivorstand zurückgetreten. Dies erklärt zum Teil, warum sie nicht zur Teilnahme an der dritten Fernsehdebatte am 12. September eingeladen wurde.

Bei einem sehr kurzfristig anberaumten Wahlkampfauftritt in den Räumen des Startup-Incuba-

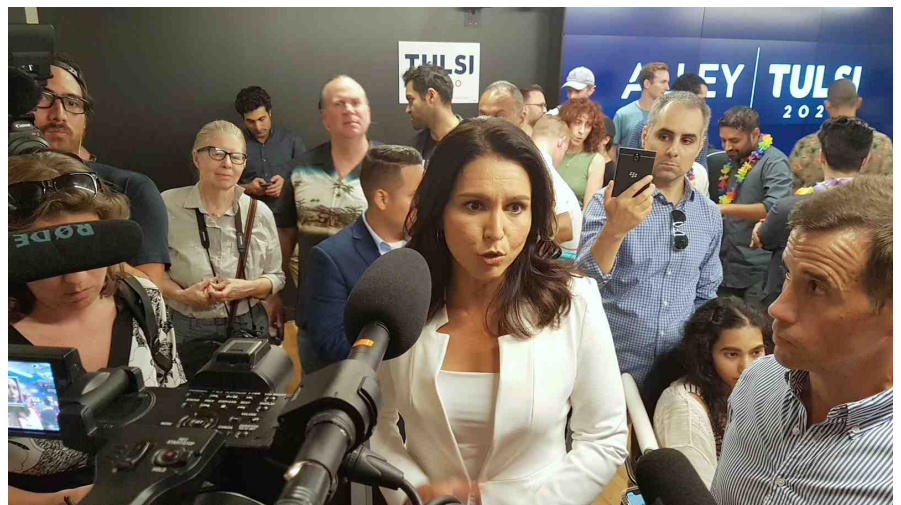


tors Alley im New Yorker Hipster-Viertel Chelsea begeisterte Gabbard eine Gruppe von mehr als 200 Anhängern, die, wie es dem Schattenblick erschien, aus Vertretern aller ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen der USA bestand. Die mehrfach ausgezeichnete Majorin appellierte an den Patriotismus ihrer Anhänger, als sie die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Kurswechsels in der Innen- und Außenpolitik beschwor. Gabbard sprach von der großen Gefahr, die in Form der grenzenlosen Aufrüstung über die Menschheit schwebt, und kritisierte in dem Zusammenhang die Konzernmedien dafür, daß sie dem skandalösen Auslaufen des INF-Vertrags zwischen den USA und Rußland drei Tage zuvor nicht mehr Bedeutung beigemessen und größeren Raum in der Berichterstattung eingeräumt hatten. Mit ihrem stupiden Streben nach Profiten setzten die Rüstungskonzerne das Leben der ganzen Menschheit aufs Spiel, so Gabbard. Dem sinnlosen Wettrüsten müsse genauso wie den kontraproduktiven Regimewechselkriegen der USA im Ausland, die nur Leid und Zerstörung über die betroffenen Länder brächten, endlich Einhalt geboten werden.

Die linke Demokratin wirbt für den großen Kurswechsel

Foto: © 2019 by Schattenblick

Gabbard entfaltete die Vision eines anderen Amerika, das die staatlichen Steuereinnahmen,



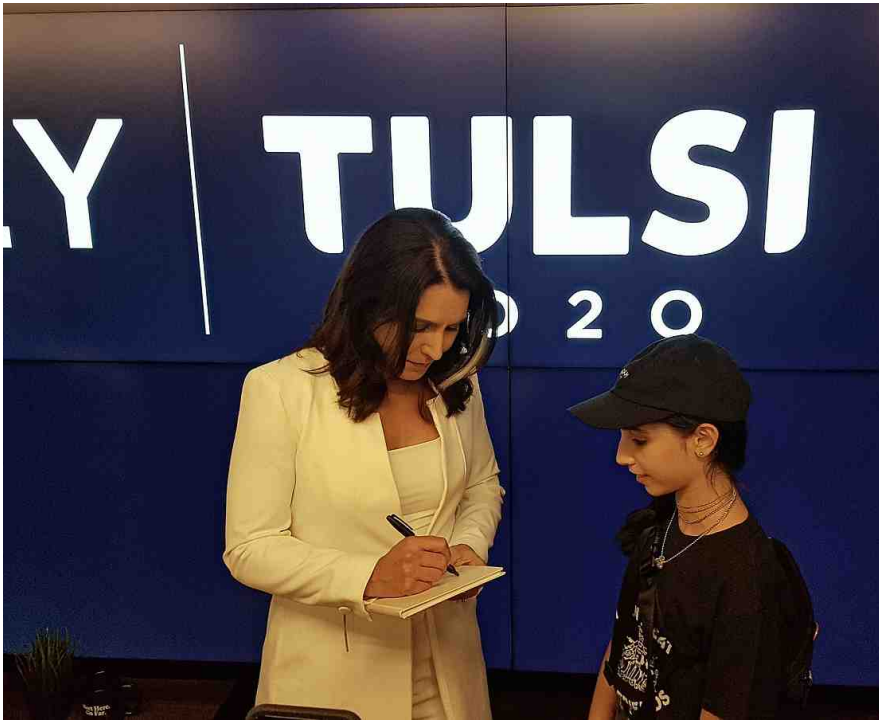
statt sie für Prestigeprojekte des Pentagons zu verpulvern, in die Infrastruktur, in Schulen, Krankenhäuser und neue Formen der regenerativen Energie investiert. Sie versprach, als Präsidentin den Antidrogenkrieg zu beenden und für eine entsprechende Strafrechtsreform zu sorgen. Sie trat nicht nur für einen Mindestlohn von 15 Dollar ein, sondern meinte, die Wirtschaft müsse so umgestaltet werden, daß jede Person von einem Job leben könne und keine zwei oder drei haben müs-

se. Sie schlug eine Zerschlagung der Großbanken an der Wall Street und eine Zurückdrängung des großen Geldes in der Politik durch eine Revidierung des kontroversen Citizens-United-Urteils des Obersten Gerichtshofs vor, das 2010 Wahlkampfspenden seitens Unternehmen und Milliardären in beliebiger Höhe zur "freien Meinungsäußerung" deklariert hatte. Zudem bekannte sich Gabbard zur Ehe für alle und regte eine gesellschaftliche Debatte in der Frage der Massentierhaltung an. Was den Tierschutz betrifft, meinte die langjährige Veganerin, daß man mit Überzeugungsarbeit mehr Menschen als mit Verboten oder Vorschriften erreichen könne.

Gabbard geht auf die Frage des Schattenblicks ein

Foto: © 2019 by Schattenblick

Nach einer fulminanten und mitreißenden Rede von fast einer Stunde nahm Gabbard Fragen aus dem Publikum an. Dabei brachte sie tiefes Bedauern angesichts der Anschläge der vorangegangenen Tage in Gilroy, Kalifornien, El Paso, Texas, und Dayton, Ohio, zum Ausdruck und warf Präsident Trump vor, er trage durch das bewußte Schüren fremdenfeindli-



*Auch für die jüngsten Fans
ist Zeit*

Foto: © 2019 by Schattenblick

cher Ressentiments eine nicht geringe Mitverantwortung an der Zunahme von Gewaltausbrüchen. Gleichzeitig betonte Gabbard nachdrücklich, es könne nicht das alleinige Ziel der Demokraten sein, die Wiederwahl Trumps im kommenden Jahr zu verhindern. Vielmehr müsse die neue Präsidentin oder der neue Präsident das Land in eine ganz andere Richtung führen. Die USA müßten auf die selbstgedachte Rolle als Weltpolizist verzichten und statt dessen mittels Diplomatie und einer humaneren Gesellschaftspolitik eine Vorbildfunktion übernehmen. Nur so könnten die Amerikaner ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, sagte sie. Auf die Frage, ob sie als Frau die nötigen Feuerkraft habe, um den Machomann Trump bei einem Fernsehduell einzupacken, antwortete Gabbard selbstbewußt mit einem eindeutigen Ja und erinnerte lächelnd an die Art und Weise, wie

sie wenige Tage zuvor Kamala Harris in aller Öffentlichkeit abgefertigt hatte.

Nach Ende des Austausches mit dem Publikum gab es eine Gelegenheit für die versammelten Medienvertreter, im kleinen Kreis eigene Fragen an die Kandidatin zu richten. Als der Schattenblick an der Reihe war, wollte der Redakteur von Gabbard wissen, wo für sie die Grenze zwischen Regimewechselkriegen und überflüssigen Antiterrorereinsätzen verlaufe, wobei er darauf verwies, daß die Anzahl der in Afrika aktiven "Terrorgruppen" von einer auf 50 drastisch zugenommen habe, seit 2008 das US-Regionalkommando AFRICOM dort seine Tätigkeit aufgenommen hat. Gabbard erklärte, als Oberkommandierende der Streitkräfte würde sie bei der Frage des Auslandseinsatzes amerikanischer Streitkräfte stets als Kriterium die potentiellen Auswirkungen auf die nationale Sicherheit der USA vor Augen haben. Truppen irgendwohin zu entsenden, um "Präsenz" zu zei-

gen oder Geschäftsinteressen irgendwelcher US-Konzerne zu schützen sei ein krasser Mißbrauch von Amerikas Soldatinnen und Soldaten, die sich dazu verpflichtet hätten, das Land notfalls mit ihrem Leben zu schützen. Seit langem beklagten ehemalige und noch im Dienst stehende Militärs die vielen Auslandsinterventionen, die mit Landesverteidigung im eigentlichen Sinne nichts zu tun hätten; diese Klagen müßten endlich Gehör finden; als Präsidentin werde sie dafür sorgen, so Gabbard.

*Bisherige Beiträge zur Serie
"Trumps Amerika"*

*im Schattenblick unter:
www.schattenblick.de →
INFOPOOL → POLITIK →
REPORT:*

BERICHT/346: Trumps Amerika -
Liegenschaftskriege ... (SB)

INTERVIEW/445: Trumps Amerika -
The Squad, Rebellion im Kongreß ...
Eric Josephson im Gespräch (SB)

*[http://www.schattenblick.de/
infopool/politik/report/
prbe0347.html](http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0347.html)*

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
[http://www.schattenblick.de/
infopool/infopool.html](http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html)*

CO2-Steuer - Hitzerekorde und Besitzstandsicherung ...

(SB) 3. September 2019 - Nicht nur in der Arktis, auch in Mitteleuropa läuft die Entwicklung der Temperaturen allen Prognosen davon. Der Juli war der weltweit heißeste Monat seit Beginn der wissenschaftlichen Klimabeobachtung und hat in Europa neue Rekorde aufgestellt [1]. Alle Indikatoren weisen auf sich selbst verstärkende Entwicklungen der Erwärmung durch die verminderte Aufnahmefähigkeit der Meere, Pflanzen und Böden für CO₂ bei gleichzeitig anwachsender Emission von Treibhausgasen und drastischem Verlust an noch nicht versiegelten Flächen, noch nicht denaturierten Wäldern und wildlebender Tier- und Pflanzenarten hin.

Bemessen an ihrer Biomasse stellen rund 7,7 Milliarden Menschen nur 0,01 Prozent aller Bioorganismen dar. Die im Anthropozän zu ziehende Zwischenbilanz der Folgen zivilisatorischer Entwicklung besagt, daß 83 Prozent aller wildlebenden Säugetiere und die Hälfte aller Pflanzen verschwunden sind, die es gab, bevor der Mensch zum größten Räuber unter den Tieren wurde. Nur noch 30 Prozent aller Vögel leben in freier Natur, der Rest wird als "Geflügel" in kurzen Fristen aufgezogen, bei der Eierproduktion verbraucht und so oder so geschlachtet. 60 Prozent aller Säugetiere werden heute als sogenannte Nutztiere zur Erwirtschaftung von Fleisch und Milch gehalten. 36 Prozent als Men-

schen firmierender Säugetiere haben es geschafft, den Bestand frei lebender Wildtiere auf 4 Prozent weltweit zu reduzieren [2].

Diese Entwicklung läßt sich nicht mehr zurückdrehen, wie überhaupt offen ist, ob sich die bereits angestoßenen Prozesse der Erderwärmung selbst bei radikaler Reduzierung aller Verbrauchspraktiken noch so einholen lassen, daß das Ausmaß der Klimakatastrophe die Existenz menschlicher Gesellschaften nicht grundlegend bedrohte. Das ist nicht nur eine Frage der Entwicklung natürlicher Bedingungen, sondern vor allem der Fähigkeit, das Zusammenleben auf eine Weise zu organisieren, die nicht in Diktatur, Bürgerkrieg und Massenvernichtung mündet. Mittelfristig muß von einer drastischen Verringerung verfügbarer Nahrungsmittel, sauberen Trinkwassers und mineralischer Ressourcen wie zum Beispiel des für die Herstellung von Düngemitteln wichtigen Phosphors ausgegangen werden. Schon heute sind die Staaten kaum in der Lage, die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse auf zivile Weise zu befrieden. Die Angst, zu kurz zu kommen, bringt sozialrassistische Feindbilder aller Art hervor und hat eine weltweite Welle der Renationalisierung ausgelöst. Immer mehr Menschen fallen auf die bequeme Lösung eines sozialdarwinistisch bestimmten Nationalchauvinismus herein, was die herrschende Klasse nicht

ernsthaft unterbindet, sondern sich als Mittel der sozialen Atomisierung zunutze macht.

Die Gefahr des Ausbrechens großer Staatenkriege wächst dementsprechend an und vergrößert die Gefahr des Eintretens unumkehrbarer Entwicklungen, sind doch die hochgradig auf fossile Energie angewiesenen Streitkräfte schon zu "Friedenszeiten" große Emittenten von Treibhausgasen. Daß ihr Verbrauch an Naturressourcen nicht in klimapolitische Verhandlungen einbezogen wird, verweist auf die große Bereitschaft der Staaten, den Kampf um die letzten Ressourcen im Zweifelsfall mit kriegerischen Mitteln auszutragen. Das Problem, vor dem insbesondere die pro Kopf der Bevölkerung am meisten Treibhausgase freisetzenden Industriestaaten stehen, ist mithin nicht nur das einer breit orchestrierten Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Sie stehen vor allem vor der Herausforderung, diese Entwicklung mit Marktsubjekten zu vollziehen, die auf soziale Konkurrenz und die Tauschwertlogik eines Marktes zugerichtet sind, auf dem alles seinen Preis haben muß, also auch die Rettung der Welt.

Angesichts der zu bewältigenden Aufgabe, dieser Entwicklung produktiv entgegenzutreten, wirken deutsche PolitikerInnen einfach nur überfordert. 2019, also fast 40 Jahre nach den ersten

weltweit wahrgenommenen Prognosen des anstehenden Klimawandels und seiner katastrophalen Folgen, können sie auf Grund der Masse verfügbarer Prognosen und der insbesondere unter Jugendlichen um sich greifenden Zukunftsangst nicht anders, als mit konkreten Maßnahmen aufzuwarten. Die Symbolpolitik, mit der sie sich klimapolitisch seit Jahrzehnten über Wasser halten, verfängt nicht mehr, doch das in sich widersprüchliche Sammelsurium an Vorschlägen, mit denen ein Neubeginn staatlicher Klimaschutzpolitik in die Wege geleitet werden soll, wirkt wie der Versuch, eine starke Blutung mit Heftpflastern zu stillen.

Mit dem globalen Charakter notwendiger Interventionen völlig unverträglich ist die nationale Ausrichtung von Maßnahmen, die nicht nur klimapolitisch wirksam sein, sondern immer auch nationale Vorteile auf dem Feld politischer und ökonomischer Staatenkonkurrenz mit sich bringen sollen. Unverhandelbare Anforderung an alle diskutierten Lösungen ist ihre Tauglichkeit für das Erwirtschaften weiteren Wachstums, so daß von einer weitgehenden Gleichsetzung von Industrie- und Klimapolitik gesprochen werden kann. Obgleich in der Bundesrepublik eines der weltweit höchsten Pro-Kopf-Niveaus an Naturverbrauch erreicht wird, soll bei allen Entscheidungen stets im Blick bleiben, ob nicht andere Staaten daraus Gewinn schlagen, wenn die Exportnation Deutschland sich staatlich regulierte Beschränkungen auferlegt. So changiert die politische Debatte zwischen dem Versuch, notwendige Veränderungen mit Blick auf die Konkurrenz anders-

wo klein zu halten, oder aber sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, wenn der reklamierte Vorbildcharakter Aussicht darauf eröffnet, den globaladministrativen Einfluß Berlins zu mehren und deutschen Unternehmen gute Geschäfte zu bescheren [3].

Keinesfalls verlassen wird das Feld einer kapitalistischen Marktwirtschaft, deren Warenproduktion zu einem nicht an den existentiellen Bedürfnissen der Menschen, sondern ihrer Nützlichkeit als KonsumentInnen orientierten Naturverbrauch geführt hat. Der Grundsatz, alle Treibhausgasemissionen zu bepreisen und auf diese Weise zu regulieren, ändert an dem Problem einer ausschließlich an Kapitalverwertung orientierten Produktivität nur wenig. Die Frage, ob Emissionshandel oder CO₂-Steuer den Klimaschutz besser voranbringen, reduziert diesen auf eine Funktion des warenproduzierenden Systems, anstatt den zerstörerischen Charakter der Kapitalakkumulation zu erkennen. Wo es einer kollektiven Bemühung ohne Ansehens nationaler, ethnischer, geschlechtlicher und ökonomischer Bedingungen bedürfte, um nennenswerten Einfluß auf den industriellen wie persönlichen Ressourcenverbrauch zu nehmen, soll die Individuation der Marktsubjekte unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben.

Dabei geht es nicht nur darum, eine sozial ungerechte Maßnahme wie die CO₂-Steuer einzuführen, die die Lebenspraktiken und Verbrauchsprivilegien wohlhabender Menschen schützt. Weit entfernt davon, die Verursacher und Profiteure der fossilistischen

Reichtumsproduktion zur Kasse zu bitten, sollen mit dem Insistieren auf Marktlösungen etablierte Herrschaftsstrukturen fortgeschrieben werden. Wo die unabgegoltene historische Aufgabe der Bewältigung sozialer Ungleichheit durch die hinzukommende Anforderung der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wieder zu einer greifbaren Option werden könnte, soll um so entschiedener verhindert werden, dies im Rahmen einer egalitären, von ökosozialistischen Prinzipien bestimmten Weltgesellschaft zu verwirklichen. Während die Erkenntnis um sich greift, daß die technische Bewältigung der Klimakatastrophe ohne die soziale Aufhebung aller Überlebenskonkurrenz bloßes Stückwerk bleiben muß und sogar droht, in Form eines die Welt zum Labor wissenschaftlicher Großexperimente machenden Geoengineerings unabsehbare, möglicherweise höchst destruktive Ergebnisse zu zeitigen, wird der Dystopie eines grünen Kapitalismus zugearbeitet, der die Klassenwidersprüche marktförmiger Vergesellschaftung mit einer ökologisch begründeten und autoritär durchgesetzten Mangelverwaltung weiter verschärft.

Bleibt die Frage, ob das Treffen angemessener klimapolitischer Entscheidungen unter den Bedingungen der repräsentativen, die Allianz von Staat und Kapital schützenden und in Krisenzeiten von faschistischen Ermächtigungsfantasien belagerten Demokratie überhaupt möglich ist. Wo die Sicherung herrschender Besitzstände alle Überlegungen zum Treffen notwendiger Maßnahmen dominiert und die Ein-

teilung der Welt in nationale Staatssubjekte Vermeidungsstrategien und Ressourcenkriege initiiert, besteht kaum Aussicht darauf, die Frage notwendigen Verbrauches kosmopolitisch auf eine Mensch und Natur schonende Weise zu beantworten. Um die gewaltige Diskrepanz zwischen dem erreichten Stand an Naturzerstörung und regressiver Besitzstandwahrung zu brücken, braucht es mehr als einen jugendlichen Protestes, dem die sozialrevolutionäre Basis weitgehend verlorengegangen ist. Ohne eine antikapitalistische, an konkreten Ideen zur Schaffung einer ökosozialistischen Gesellschaft arbeitende Organisation des Widerstands nicht nur weißer Mittelschichten, sondern der abgehängten, flüchtenden, von rassistischer und patriarchaler Gewalt betroffenen Menschen bleibt das Feld jenen gesellschaftlichen Gewinnern überlassen, die hoffen, zu Lebzeiten noch nicht vom ganzen Ausmaß der Katastrophe betroffen zu sein und bis dahin wie bisher zu Lasten anderer zu überleben.

Anmerkungen:

[1] <https://www.ncdc.noaa.gov/sotc/global/201907>

[2] <https://www.counterpunch.org/2019/07/17/ye-cannot-swerve-me-moby-dick-and-climate-change/>

[3] https://www.magazin-auswege.de/data/2019/08/Cechura_CO2-Die_Wunderwaffe_der_Klimapolitik.pdf

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1847.html>

UMWELT / MEINUNGEN

Insektensterben -

Gifte, Pestizide, Bientod ...

(SB) 3. September 2019 - Innerhalb von drei Monaten dieses Jahres sind in Brasilien über 500 Millionen Bienen gestorben. Unter dringendem Verdacht, das Massensterben begünstigt oder sogar ausgelöst zu haben, steht der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Seit Amtsantritt am 1. Januar 2019 wurden unter Brasiliens neuem Präsidenten Jair Bolsonaro 290 Pestizidprodukte zugelassen, berichtete Mongabay. Darunter seien auch Mittel, die in der Europäischen Union und den USA verboten sind. [1]

Auch wenn sich das Bienensterben nicht auf Brasilien beschränkt, sondern weltweit beobachtet wird, und es darüber hinaus auch nicht nur innerhalb der letzten sieben Monate in dem größten südamerikanischen Land auftrat, treibt die agrarindustriefreundliche Bolsonaro-Administration den Trend massiv voran. So hat sie mehr als 1900 zugelassene Pestizide einer Neubewertung unterzogen und die Zahl der als extrem toxisch eingestuften Mittel von 702 auf 43 zusammengestrichen. Als extrem toxisch gelten nur noch solche Pestizide, die, wenn sie geschluckt oder eingeatmet werden oder mit der Haut in Kontakt kommen, lebensbedrohlich sind. Aus der seit 1992 geltenden Kategorie "extrem toxisch" wurden nun jene Mittel herausgestri-

chen, die "nur" beispielsweise Geschwüre, Hautverätzungen oder Hornhauttrübungen auslösen können. Auf diese Weise zeigt Bolsonaro seine Dankbarkeit gegenüber und tiefe Verbundenheit mit der Agrarwirtschaft, auf deren Unterstützung er im Wahlkampf angewiesen war. Eine Hand wäscht die andere.

Ab Oktober 2018 hatten brasilianische Imker in vier Bundesstaaten über ein Massensterben unter Bienen berichtet. Am stärksten betroffen war Rio Grande do Sul mit seinem ausgedehnten Sojaanbau. Im Unterschied zu Nordamerika und Europa, wo schon seit Jahren ganze Bienenvölker verschwinden und leere Stöcke hinterlassen, sterben die Bienen in Brasilien innerhalb ihrer Behausungen.

Sofern überhaupt Giftigkeitsprüfungen durchgeführt werden und nicht, wie aktuell in Brasilien, zahlreiche Wirkstoffkombinationen auf den Markt kommen, von denen niemand weiß, welche Begleitfolgen sie haben, sind diese naturgemäß eingeschränkt. Man muß in diesem Fall nicht mit dem Finger auf Brasilien zeigen, denn alle Verfahren zur Zulassung neuer Pestizide laufen im Prinzip auf breit angelegte, unkontrollierte Freilandversuche hinaus. Es ist analytisch gar nicht möglich, das

Schadenspotential eines Wirkstoffs in seiner ganzen Breite und Vielfalt hundertprozentig zu bestimmen. In Laborexperimenten und auch noch bei Feldversuchen müssen die Parameter eingeschränkt werden, um bestimmte Effekte überhaupt untersuchen zu können. Stets wird abgewogen, welchen Aufwand man betreiben will, um das Gefahrenpotential einer Substanz zu bestimmen.

Unter Umständen wirken Pestizide eben nicht ausschließlich bei Zielorganismen, den "Schadinsekten", sondern zum Beispiel auch bei "Nutzinsekten" wie den Bienen und anderen Bestäubern. Auch synergistische Effekte (Zusammenwirken mehrerer Wirkstoffe) oder Langzeitfolgen beispielsweise durch zunächst unterschwellig bleibende Akkumulationseffekte können niemals gänzlich ausgeschlossen werden.

Jedenfalls hat die Geschichte des chemikaliengestützten Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft, angefangen von DDT in den 1950er Jahren bis zu den Neonicotinoiden in den 1990ern, gezeigt, daß die Gefahren außerhalb des Labors und Versuchsfelds häufig falsch eingeschätzt werden. Oder man hat die Gefahren wider besseren Wissens ignoriert. Für die Agroindustrie kann das Verbot von Pestiziden ein gutes Geschäft sein, wenn zum Beispiel der Patentschutz für einen Wirkstoff ausgelaufen ist und an seiner statt ein neues, nunmehr patentgeschütztes Mittel auf den Markt kommt.

Zu den unter Bolsonaro zugelassenen Pestiziden gehören min-

destens sechs, die Glyphosat enthalten, obgleich die Internationale Krebsforschungsagentur IARC, die der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstellt ist, Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" eingestuft hat. Die brasilianische Regierung hat jetzt neben vielen Wirkstoffen, die zwar bereits einzeln, aber nicht in Kombination zugelassen waren, auch zwei gänzlich neue Wirkstoffe freigegeben, Florpyrauxifen-benzyl und Sulfoxaflor. Ersteres durchläuft zur Zeit in der EU ein Zulassungsverfahren, bei letzterem besteht der Verdacht, daß es Bienen schädigt. In Brasilien wird auch Fipronil verwendet, das seit März 2014 in der EU nicht mehr im Freiland ausgebracht werden darf, nachdem es wahrscheinlich für den millionenfachen Bientod in Europa verantwortlich geworden war.

Im November 2018 sind in Südafrika mehr als eine Million Bienen im Zusammenhang mit Fipronil umgekommen, meldete die BBC [2], und im vergangenen Jahr verstarben in den USA vier von zehn Bienenvölkern. Massensterben unter Honigbienen werden in diesem Jahr auch aus 20 Regionen Rußlands gemeldet. In den letzten 18 Monaten kamen ähnliche Schreckensmeldungen aus Kanada, Mexiko, Argentinien und der Türkei. [3]

Nicht allein mit den zahlreichen Bränden in diesem Jahr im Amazonas-Regenwald zwecks Ausdehnung landwirtschaftlicher Flächen dreht Bolsonaro an den planetaren Stellschrauben. Auch der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und in dessen Folge der fortgesetzte Massentod unter Bie-

nen wird weitreichende Folgen für die auf die Bestäubungsleistung angewiesene Nahrungsproduktion des Menschen haben. Doch mit solchen Bedenken wird man Bolsonaro nicht erreichen. Er verfolgt bestimmte Interessen und setzt in seiner Politik dementsprechende Prioritäten. Bolsonaro ist Präsident aller Brasilianerinnen und Brasilianer, nur eben nicht der Indigenen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Homosexuellen, außerparlamentarischen und parlamentarischen Oppositionellen, Intellektuellen, einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter, Nicht-Evangelikalen, Friedensbemühten, Frauen ...

Der Folterbefürworter Bolsonaro wird ein Erbe hinterlassen, an dem zukünftige Generationen lange zu tragen haben, sofern er eine volle Amtszeit übersteht, also ausreichend Zeit hatte, eine Spur der Verwüstung zu hinterlassen. Der Tod der Bienen paßt zu seiner Politik der Rücksichtslosigkeit gegenüber jenen, die in seinen Augen als schwach gelten und nur dazu da sind, seinen Interessen zu dienen.

Anmerkungen:

[1] <https://news.mongabay.com/2019/08/bolsonaro-administration-approves-290-new-pesticide-products-for-use/>

[2] <https://www.bbc.com/news/world-africa-46345127>

[3] <https://www.bbc.com/news/newsbeat-49406369>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-306.html>

UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Gletscher-Initiative setzt Schweizer Bundesrat unter Druck

Nachricht vom 30. August 2019

Für die Gletscher-Initiative [1] liegen mehr als 100.000 Unterschriften auf dem Tisch. Die Unterschriften wurden mit Hilfe von WeCollect in nur vier Monaten gesammelt.

Der Bundesrat hat bereits reagiert und verschärft - auf Druck der Initiative - das Klimaziel der Schweiz. Er will netto Null Treibhausgasemissionen bis 2050. Doch es fehlen immer noch konkrete Massnahmen. Es braucht es die Gletscher-Initiative weiterhin aus folgenden Gründen:

Dass die landwirtschaftlichen Emissionen vom Netto-Null-Ziel mit erfasst sind, geht aus der Medienmitteilung hervor. Unklar ist aber, ob auch die Emissionen des internationalen Luftverkehrs erfasst sind.

Wichtig sind der Absenkpfad und ein Kontrollmechanismus. Zweiterer soll dafür sorgen, dass der geplante Pfad auch eingehalten wird. Die Gletscher-Initiative schreibt in ihrer Übergangsbestimmung Abs. 2 vor, dass die Emissionen - im Inland - "mindestens linear" sinken müssen. Ein solches Bekenntnis fehlt vom Bundesrat. Mit einem bloss linearen Absenkpfad leistet die Schweiz aber einen ungenügenden Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel.

Bundesrätin Sommaruga erwähnte anlässlich der Medienkonferenz die Möglichkeit, Kompensationen im Ausland anzurechnen. Das ist mit einem Null-Ziel nicht vereinbar: Wenn die Emissionen weltweit auf null fallen müssen, kann man nirgends mehr kompensieren. Wenn die Schweiz auf Auslandskompensationen setzt, solange das noch geht, wird die Reduktion im Inland danach nur umso schwieriger.

Es fehlt weiter ein klares Bekenntnis zur Dekarbonisierung (Gletscher-Initiative Absatz 3). Die Dekarbonisierung ist die logische Konsequenz aus "Netto Null".

Das neue CO₂-Gesetz, wie es die Umweltkommission des Ständerats (UREK-S) zur Zeit berät, ist nicht auf Kurs, weil es die inländischen Emissionen bis 2030 lediglich um 30 Prozent (gegenüber 1990) senken will. Es würde stattdessen im Inland eine Reduktion um mindestens 50 Prozent brauchen.

In Zukunft sollen auch "Technologien zum Einsatz kommen, die der Atmosphäre Treibhausgase dauerhaft entziehen und diese speichern". Das lehnen wir nicht ab, aber man muss sich bewusst sein, dass es diese Technologien

erst in sehr begrenztem Umfang gibt und ihr künftiges Potenzial unbekannt ist. Man darf sich nicht darauf verlassen, dass es sie bald in grossem Umfang geben wird.

Solange es noch unklar ist, welche genauen Massnahmen ergriffen werden, braucht es die Gletscher-Initiative.

Anmerkung:

[1] <https://gletscher-initiative.ch/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger

E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin188.html>

Vor 50 Jahren, am 3. September 1969, verstarb Ho Chi Minh

Für Irene und Gerhard Feldbauer gehörten die Begegnungen mit ihm zu den großen und unvergesslichen Erlebnissen ihres politischen Lebens

1. Teil

von Irene und Gerhard Feldbauer, 2. September 2019



*Ho Chi Minh
in einer Aufnahme von 1946
Foto: Public domain
via Wikimedia Commons*

(Irene und Gerhard Feldbauer)
Unsere Arbeit als Journalisten und im Diplomatischen Dienst der DDR führte uns in viele Länder Asiens, nach Italien und Afrika. Wir trafen mit nicht wenigen führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur auch persönlich zusammen. Herausragend waren und sind bis heute die unvergesslichen Begegnungen während unserer über dreijährigen Arbeit (von 1967 bis 1970) als Korrespondenten in Vietnam mit Ho Chi Minh.

Darunter waren zwei für mich und für Irene drei persönliche, bei denen wir direkt mit ihm zusammen trafen, mit ihm sprachen, er uns die Hand drückte, uns freundlich umarmte, sich nach unserem Befinden erkundigte, wir in einer unvergesslichen Weise die kaum wiederzugebende Ausstrahlung dieser faszinierenden Persönlichkeit spürten, an der nichts von Personenkult zu bemerken war. Auf einer Festveranstaltung im

hielt. Er erkundigte sich, wie es ihr in Hanoi gefalle, wie es ihr gehe und ob sie Vietnamesisch spreche. Er erzählte, dass er in der DDR war und etwas Deutsch spricht.

Er war aber auch anwesend bei den Begegnungen, die wir mit den Menschen Vietnams hatten, bei den vielen Gesprächen, er war einfach dabei und er lebte, auch nach seinem Tod, im Kampf seines Volkes weiter.



Dezember 1967 zum Beginn des Widerstandskrieges gegen Frankreich am 19. Dezember 1946, des 23. Jahrestages der Volksarmee und des 7. Jahrestages der Gründung der FNL Südvietnams fotografierte Irene auf der Bühne, als Ho Chi Minh sie zu sich rief, sie umarmte und sich mit ihr unter-

28. Juli 1957 - Ho Chi Minh als Präsident der Demokratischen Republik Vietnam zu Besuch in der DDR, hier mit Jungen Pionieren
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-48550-0036 [CC-BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]
via Wikimedia Commons

Der Onkel

Die Vietnamesen nannten ihn verehrungsvoll Onkel Ho. Keinem seiner Nachfolger wurde diese vertrauliche Anrede zuteil. Darin lag sicher keine Geringschätzung, eher eine Herausstellung der einmaligen Persönlichkeit dieses legendären Führers. Journalisten und die vielen Besucher, die sich ihm freundschaftlich verbunden fühlten, nannten ihn einfach (verbunden mit Genosse, Lieber oder Verehrter) Ho. Seine sprichwörtliche Bescheidenheit, seine Anspruchslosigkeit, die seine Gegner gern als gekünstelt, als einstudiert, als politisches Kalkül darstellten, entsprachen seiner Verbundenheit mit den Menschen aus dem Volk. Er wollte nicht besser leben als sie, es hätte ihn unglücklich gemacht, soll er einmal gesagt haben. Schon das ein wunderbares Vermächtnis, das er hinterlassen hat.

Im Park des Hanoier Präsidentenpalastes, in den er sich zu den Amtsgeschäften begab, bewohnte er einen kleinen hübschen Holzbau mit nur zwei Zimmern. Wenn er Freunde in Hanoi besuchte, ging er meist zu Fuß. Sicher war das auch ein bewusster Verzicht, mit dem er seine Verbundenheit mit den Millionen einfacher Menschen ausdrücken wollte. Die Revolution hatte sie vom Hungerdasein befreit, konnte ihnen aber zunächst nichts weiter als einfache menschenwürdige Lebensbedingungen garantieren, verlangte von ihnen bei der Verteidigung der Unabhängigkeit hohe Opfer bis zum Einsatz des Lebens. Damit hat er ein ausschlaggebendes persönliches Beispiel für den Massenheroismus

seines Volkes gegeben, aber auch ausgestrahlt auf die Menschen in der Dritten Welt. Sein Testament, das er vier Monate vor seinem Tod, im Mai 1969, verfasste, ist durchdrungen von der Liebe zu seinem Volk und der unerschütterlichen Gewissheit, dass es bis zum Sieg kämpfen werde. [1]

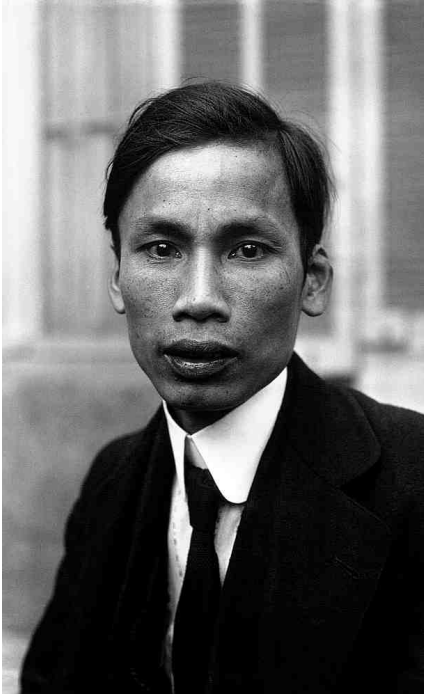
Man möchte fast sagen, dass seine herausragende Führerpersönlichkeit erst nach seinem Tod sichtbar wurde. Denn als er während des erbitterten Befreiungskrieges gegen die US-Aggressoren und das südvietnamesische Marionettenregime im September 1969 starb, hinterließ er nicht, worauf seine Feinde spekuliert hatten, ein Vakuum, sondern eine kampfgestählte Partei mit einem starken Führungskollektiv und ein von seinem Unabhängigkeitswillen beseeltes Volk, die sein Werk fortsetzten. Während in der Öffentlichkeit in Hanoi nicht bekannt geworden war, dass der Gesundheitszustand des Präsidenten sich verschlechterte, war das seinen Feinden offensichtlich nicht verborgen geblieben. Denn als wir im Frühjahr 1969 in Vientiane, der Hauptstadt des von den USA beherrschten Teils von Laos, Gespräche mit französischen und amerikanischen Journalisten und Diplomaten hatten, konzentrierten sich vor allem bei letzteren die versteckten Fragen immer wieder auf dieses Thema. Washington erwartete, dass der Tod Ho Chi Minhs die Widerstandskraft Vietnams lähmen würde. Nichts dergleichen geschah jedoch. Seine Nachfolger verfügten zwar nicht über seine menschliche Ausstrahlung, aber sie setzten sein Werk fort, ohne in innerparteiliche Machtkämpfe zu verfallen.

Die Führerpersönlichkeit

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa ist es dem Zeitgeist entsprechend Mode geworden, die Rolle einer führenden Partei beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu negieren, sie einfach auszuklammern, nicht zu erwähnen, wenn sie nicht überhaupt diffamiert und verleumdet wird. Gerade die Beschäftigung mit Ho Chi Minh vermittelt indessen in besonderem Maße Erkenntnisse, Lehren und Erfahrungen über sein jahrzehntelanges Wirken beim Aufbau und dann an der Spitze des Staates und der kommunistischen Partei. Dabei hat Ho die meiste Zeit seiner politischen Laufbahn in der DRV darauf verzichtet, die in anderen sozialistischen Staaten übliche Konzentration von Partei- und Staatsführung in einer Hand zu praktizieren. Er hatte nie den Posten des Generalsekretärs inne, war aber auch ohne diesen Rang stets der unbestrittene Führer. Zwangsläufig zwingt das zum Nachdenken über die Bedeutung von wirklichen Führerpersönlichkeiten.

Ho Chi Minh, auf Vietnamesisch »der weise Gewordene«, ist das bekannteste von mehreren seiner Pseudonyme. Er führte es seit den dreißiger Jahren und behielt es bis zu seinem Lebensende. Er wurde am 19. Mai 1890 in Kim Lien in der Provinz Nghe An in Zentralvietnam geboren. Der Vater war Büffelhirte und Knecht auf einem kleinen Gut, ehe er die Tochter des Besitzers heiratete. Ab 1913 bis 1919 arbeitete er als Schiffskoch, Matrose und Transportarbeiter auf französischen und britischen Schiffen, lebte einige Zeit in Großbritannien und hielt sich mehrfach in den USA auf, wo er

sich auch als Tellerwäscher durchschlug. Danach siedelte er nach Frankreich über, wo sein Weg zum Kommunisten beginnt.



Nguyen Ai-Quoc, der später Ho Chi Minh genannt wurde, beim Kongress französischer Kommunisten 1921 in Marseilles als Delegierter Indochinas
Foto: Agence de presse Meurisse [Public domain] via Wikimedia Commons

Der Leninist

In Frankreich waren vietnamesische Emigranten, zumeist Intellektuelle und Matrosen, bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Klassenkampf des Proletariats und seinen Zielen und dabei mit den Lehren des Sozialismus in Berührung gekommen. Ihre Zahl stieg sprunghaft an, als während des Krieges fast 100.000 Vietnamesen für den Dienst in der französischen Armee oder für die Arbeit in der Rüstungsindustrie rekrutiert und nach Frankreich verbracht wurden. Viele von ih-

nen traten in die Gewerkschaften, linke Jugend- und Studentenorganisationen ein, nicht wenige auch in die sozialistische und später die kommunistische Partei. Frühzeitig gingen die meisten auf Distanz zur Politik der sozialistischen Parteiführung und damit zu den Parteien der II. Internationale. Keiner von ihnen wusste wohl zu dieser Zeit etwas von Lenins Schriften über den Opportunismus und seine verheerenden Auswirkungen in den sozialistischen Parteien. Aber sie erkannten, dass deren Führungen, aber auch ein Teil der Mitglieder, die Politik ihrer Regierungen der Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonialvölker billigten bzw. sie auch unterstützten. Vom Marxismus wussten die vietnamesischen Emigranten meist wenig. Diejenigen, die sich nach und nach zum Marxismus-Leninismus und zur Kommunistischen Internationale bekannten, gingen diesen Weg unter dem Einfluss der Oktoberrevolution und der Haltung Lenins zur kolonialen Frage.

Ho selbst hat dazu in der ihm eigenen Einfachheit und Ehrlichkeit 1960 in einem Beitrag für die Juli-Ausgabe des Pariser »Echo du Vietnam« unter dem Titel »Der Weg, der mich zum Leninismus führte« geschrieben, dass er die Frage, welche Internationale den Kampf der unterdrückten Völker unterstütze, in einer Versammlung der Sozialisten stellte. »Einige Genossen antworteten: Die Dritte Internationale und nicht die Zweite! Ein Genosse gab mir die Thesen Lenins über das Problem der Nationalitäten und der Kolonialvölker zu lesen, die die 'Humanité' veröffentlicht hatte. In diesem Buch gab es politische Ausdrücke, die ich nur

schwer verstand. Indem ich sie aber las und immer wieder las, begriff ich schließlich den Sinn. Lenins Gedanken bewegten mich stark, und ich war begeistert. Ein großes Vertrauen half mir, die Probleme klar zu sehen. Meine Freude war derartig, dass mir manchmal Tränen in die Augen traten. Allein in meinem Zimmer, rief ich aus, als stünde ich vor einer großen Volksmenge: 'Liebe Landsleute, Unterdrückte und Elende! Hier ist, was wir brauchen, hier ist der Weg zu eurer Befreiung!' Von nun an hatte ich absolutes Vertrauen in Lenin und die Dritte Internationale.«

Mitbegründer der FKP

Ho Chi Minh wurde schon bald nach seiner Ankunft in Frankreich politisch aktiv. Während er sich als Fotograf und mit anderen Gelegenheitsarbeiten durchs Leben schlug, arbeitete er für die »Humanité« und »La Vie ouvrière«, die Zeitung der CGT, für die er zahlreiche Beiträge zum antikolonialen Widerstand schieb. Er lernte den Enkel von Karl Marx, Jean Longuet, kennen, in dessen Zeitung »Populaire« er ebenfalls publizierte. Bald gründete er eine eigene Zeitung, das Wochenblatt »Le Paria«, in dem er scharf die französische Kolonialpolitik attackierte. Die auch in Indochina verbreitete Zeitung widmete sich gleichzeitig der sozialistischen Bildungsarbeit. Aufsehen unter den vietnamesischen Emigranten erregte Ho, der zu dieser Zeit seinen Namen Nguyen Ai-Quoc noch nicht abgelegt hatte, als er während der Versailler Friedenskonferenz den Teilnehmern ein Memorandum mit der Forderung übergab, den Völkern Indochinas die Unabhängigkeit zu gewähren.

Als Vertreter der Emigranten der französischen Kolonien wird Ho im Dezember 1920 zum sozialistischen Parteitag in Tours delegiert, auf dem er mit dem die Mehrheit stellenden linken Flügel für die Konstituierung der FKP und für ihre Aufnahme in die III. Internationale stimmt. In den Jahren seiner Tätigkeit in der FKP ist Ho Chi Minh einer der fähigsten und aktivsten Experten für Kolonialfragen und Sprecher der FKP-Mitglieder aus den Kolonien. Im Juni/Juli 1924 nimmt er in Moskau am V. Weltkongress der KI teil. In seiner Rede zur kolonialen Frage fordert er von den kommunistischen Parteien der »Mutterländer«, die Volksmassen der kolonial unterdrückten Völker in ihren eigenen antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Während seiner Moskauer Zeit ist er vielseitig tätig. Er studiert und lehrt gleichzeitig an der Universität der Völker des Ostens, arbeitet in der KI und der Bauern-

internationale mit, wird Mitglied der Asiensektion der KI und Leiter ihrer Südostasienabteilung.

Sein Hauptaugenmerk gilt der Schaffung einer kommunistischen Partei in Vietnam. Er arbeitet, wie es schon zu dieser Zeit, da er zu den hervorragenden Funktionären der KI zählt, seine Art war, im Stillen, lässt seine Ideen reifen und hebt sich abzeichnende Erfolge nicht hervor, was wohl dazu beitrug, dass er von den großen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Weltorganisation nicht erfasst wurde.

Wegbereiter der Partei

Während er sich 1925 in China aufhält, bildet er in Kanton mit vietnamesischen Emigranten die Liga der Revolutionären Jugend Vietnams, die zum wichtigsten Vorläufer der KPV wird. Zu seinen engsten Kampfgefährten gehört Pham Van

Dong, der spätere Ministerpräsident der DRV. Als Vertreter der Komintern delegiert er Mitglieder der Jungendliga zum Studium nach Moskau, darunter an die Militärakademie der Roten Armee, sowie an die militärische Lehranstalt Huang Pu bei Kanton, an der sowjetische Militärs Offiziere der Volksbefreiungsarmee als auch der Truppen Tschiang Kai Scheks ausbildeten. [2] Sie alle werden später in den Reihen der Roten Garden der Sowjets von Nghe Tinh kämpfen. Andere Mitglieder gehen nach Vietnam, um dort bereits Basiszellen für die künftige Partei vorzubereiten.

Solidarität mit Ho Chi Minh in Westdeutschland - Internationaler Vietnamkongress im Audimax der TU Berlin 1968

Foto: Stiftung Haus der Geschichte [CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)] via Wikimedia Commons



In seiner Schrift »Der revolutionäre Weg«, die 1926 erscheint, skizziert er in seiner für das Volk leicht verständlichen Sprache Grundfragen des nationalen Befreiungskampfes und die Notwendigkeit, dazu eine revolutionäre Kampfpartei zu schaffen. [3] Zwischen 1927 bis 1929 befasst er sich im Auftrag des EKKI in verschiedenen Ländern Europas und Asiens mit dem Kampf nationaler Befreiungsorganisationen. Das EKKI drängt auf die Schaffung einer einheitlichen KP in Vietnam. Nach mühevoller Arbeit erreicht Ho am 3. Februar 1930, dass in Hongkong Vertreter der drei kommunistischen Organisationen Vietnams bzw. Indochinas die Vereinigung zu einer einheitlichen KP beschließen: Es sind die aus der Revolutionären Jugendliga hervorgegangene Kommunistische Partei Indochinas, die Kommunistische Partei Annams und die Indochinesische Kommunistische Liga. Da alle Organisationen mehrheitlich aus Vietnamesen bestehen, nimmt die Organisation zunächst den Namen Kommunistische Partei Vietnams an. Das Zentralkomitee

nimmt seinen illegalen Sitz in Haiphong. In ihrem Programm definiert die Partei den nationalen Befreiungskampf zur Beseitigung des Kolonialregimes als seinem Charakter nach bürgerlich-demokratische Revolution, die dann aber immer spezifische vietnamesische Züge aufweist. Die Partei unterscheidet - was in den meisten KPs innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung in dieser Zeit nicht der Fall ist - zwischen der nationalen Bourgeoisie als einem Verbündeten und der auf der Seite der Kolonialmacht stehenden Kompradorenbourgeoisie und richtete den Hauptstoß gegen die Kolonialmacht und ihre feudalen Stützen. Das EKKI nimmt auf seiner Tagung im März/April 1931 die Partei in die KI auf.

Um ihre Zuständigkeit für den nationalen Befreiungskampf in der ganzen Kolonie Indochina zu betonen, nennt sich die KPV ab Oktober 1930 Kommunistische Partei Indochinas. Zugleich wird der Sitz des Zentralkomitees nach Saigon verlegt. Als im Herbst 1930 in Zentralvietnam spontan ein Bauernaufstand ausbricht,

stellt sich die junge Partei an seine Spitze.

(wird fortgesetzt)

Anmerkungen:

[1] Léo Figuères: Ho Chi Minh, Notre Camarade, Paris 1970, S. 263 ff.

[2] Die Lehranstalt wurde von der KP Chinas und der Guo Min Dang während der Periode der Einheitsfront gemeinsam unterhalten.

[3] »Nhan Dan«, 3. Jan. 1970

*

Quelle:

© 2019 by

Irene und Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
der Autorin und des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0207.html>

Weitere Artikel zu Aktuellem und Historischem über Vietnam von Irene und Gerhard Feldbauer

GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE

Do Muoi, ältester Revolutionär Vietnams, im Alter von 101 Jahren verstorben (Gerhard Feldbauer)
Vietnam 1789 - Bauernheer schlägt ins Land eingefallene Mandschu-Dynastie (Gerhard Feldbauer)
Vietnam vor 65 Jahren -

antikoloniale Bodenreform trug zum Sieg im Befreiungskampf bei (Gerhard Feldbauer)
1968 in Hanoi - Gespräch mit Irene und Gerhard Feldbauer, 21. September 2018 (Hoa Binh)

http://www.schattenblick.de/infopool/geist/ip_geist_history_memorial.shtml

EUROPOOL - WIRTSCHAFT

Freihandelsabkommen mit der EU soll Vietnams Weltwirtschaftsposition stärken (Gerhard Feldbauer)

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ip_europool_wirtsch_aussenhandel.shtml

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Partie mit tödlichen Folgen

(SB) - Mitunter endete eine Schachpartie in der Tat tödlich für einen der Spieler. So lesen wir in der Olufssaga, daß König Kanut seinen Vasallen Jarl Ulfr besuchte und beide zur Zerstreung der Gedanken Schach spielten. Es ergab sich jedoch, daß der König einen fatalen Fehler machte, worauf er eine Figur verlor. Charakterfestigkeit war nicht unbedingt eine Tugend der Herrschenden, und so wollte der König seinen falschen Zug zurücknehmen und statt dessen einen anderen ausführen. Darauf erzürnte sein Vasall, warf das Schachbrett um und ging fort. Nun war die Reihe an den König, in Wut zu geraten, und so rief er hinterher: "Ulfr, du Feigling, fliehst du so?" Jarl Ulfr blieb bei diesen Worten in der Tür stehen und erwiderte gekränkt: "Ihr wäret wohl weiter geflohen am Flusse Helga, wenn ich euch



Kovacevic - Begovac
Sombor 1976

nicht zur Hilfe gekommen wäre gegen die Schweden." Der Vasall hatte nur noch wenige Tage zu leben. Auf Befehl des Königs starb er unter den Dolchen von Meuchelmördern. Kränkungen und verletzte Ehrbegriffe forderten wohl fast so viele Menschenleben wie Eifersüchteleien. Im heutigen

Rätsel der Sphinx ging es jedoch friedvoller zu, wenngleich Weiß mit seinem nächsten Zug die erste Stufe zu seinem Sieg bestieg, Wanderer.

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Die weiße Dame führte das Regiment, aber es war der Turm, der den entscheidenden Schlag versetzte: 1.Tf1xf4! und nun scheitert 1...Dd6xf4 an 2.a5-a6!, so daß der Nachziehende zu 1...b6xa5 gezwungen war. Allerdings besaß Weiß nach 2.Db5-e5 einen ganzen Turm mehr, und so war die schwarze Kapitulation unvermeidlich geworden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07017.html>

Hinweis : SCHACH UND SPIELE / SCHACH / REZENSION

Schattenblick → INFOPOOL → SCHACH UND SPIELE → SCHACH

REZENSION/007: Ariel Magnus - Die Schachspieler von Buenos Aires (SB)
 REZENSION/006: Dr. Karsten Müller - Endspiele der Weltmeister (DVD) (SB)
 REZENSION/005: Dr. Karsten Müller, Claus Dieter Meyer - Magie der Schachtaktik (SB)
 REZENSION/004: Dr. Karsten Müller/Yakov Konoval - Understanding Rook Endgames (SB)
 REZENSION/003: Rudolf Spielmann - The Art of Sacrifice in Chess (SB)
 REZENSION/002: Dr. Karsten Müller - Chess Endgames for Kids (SB)
 REZENSION/001: Dr. Karsten Müller u.a. - Master Class Band 4, José Raúl Capablanca (SB)

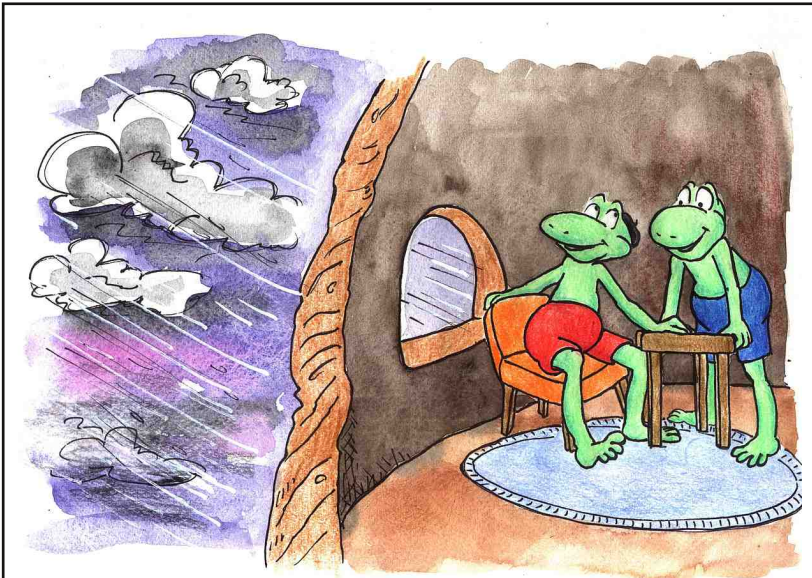
http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_rezension.shtml

- 1 POLITIK - REPORT: Kinderrechte - ohne Abstufung und Unterschiede ...
- 12 POLITIK - REPORT: Trumps Amerika - Angriffsspitze der Demokraten ...
- 17 POLITIK - KOMMENTAR: CO2-Steuer - Hitzerekorde und Besitzstandsicherung ...
- 19 UMWELT - MEINUNGEN: Insektensterben - Gifte, Pestizide, Bientod ...
- 21 UMWELT - KLIMA: Gletscher-Initiative setzt Schweizer Bundesrat unter Druck (Pressenza)
- 22 GESCHICHTE: Vor 50 Jahren verstarb Ho Chi Minh - 1. Teil (Irene und Gerhard Feldbauer)
- 27 SCHACH-SPHINX: Partie mit tödlichen Folgen
- 28 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 4. September 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. September 2019

Vorhersage für den 04.09.2019 bis zum 05.09.2019



© 2019 by Schattenblick

Wolkendunkel,
Sturmgebräus,
Quaakgemunkel
in Jeans Haus.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.